

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 227 SONNTAG, 17. Okt. 1937

Aus dem Inhalt:

Immunität für Ley
Sozialisten und Krieg
Betrogener Mittelstand
Deutsches Geld in Brasilien

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Roosevelttreden nach Deutschland!

Wer den Frieden retten will, muß den Völkern die Wahrheit sagen

Am 4. August 1914 bekam in einer bürgerlichen Redaktion in Berlin ein Redakteur einen Weinkampf. Er schlug mit dem Kopf auf die Tischplatte und schrie: »Das ist doch alles nicht wahr! Das kann ich nicht! Das kann ich nicht!«

Darauf der Chefredakteur mit müd-väterlichem Ernst: »Es ist Krieg! Jetzt ist es Pflicht zu lügen!«

Wie viele Szenen dieser Art mögen sich in den letzten Jahren in deutschen Redaktionsstuben wieder abgespielt haben? Wieder ist Lügen Pflicht. Ist auch wieder Krieg?

Ja, und abermals ja! Es ist Krieg. Man kennt die famose Theorie des trefflichen Himmler von den vier Fronten: Land, Wasser, Luft und dann die vierte, die innere. An dieser vierten Front tobt seit viereinhalb Jahren schon der Krieg, um ihn auf den anderen drei gründlich vorzubereiten. Die Wahrheit ist der Todfeind derer, die den Krieg wollen, darum wird sie seit viereinhalb Jahren gehetzt, niedergeschlagen und auf der Flucht erschossen. Ist sie aus den deutschen Hirnen ausgerottet, dann ist es so weit.

Man stelle sich vor, irgendein gewöhnlicher Sterblicher hätte in Berlin eine Rede gehalten wie neulich Roosevelt in Chicago. Man würde ihn in das nächste Konzentrationslager bringen, an den Block schnallen und so lange prügeln, bis er das Horst-Wessellied singt.

Mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten kann man — sicher zum lebhaften Bedauern Himmlers — so nicht verfahren. Also muß man es beim Göbbels bewenden lassen und die Wiedergabe der Rede verbieten.

Und der Präsident, das freige-wählte Oberhaupt der mächtigsten Nation der Erde, läßt sich das gefallen? Ja, er läßt sich das gefallen, denn auch er ist der Gefangene jener die demokratische Welt beherrschenden Theorie, nach der jedes andere Verhalten eine Einmischung in fremde Angelegenheiten sein würde.

Merkwürdige Welt!

Wenn ein Staat, ohne sich in fremde Angelegenheiten zu mischen, Kanonen gießt, mit denen er 120 Kilometer über die Grenze schießen kann, so kann der andere, gleichfalls ohne sich in fremde Angelegenheiten zu mischen, Kanonen gießen, die 140 Kilometer weit schießen.

Aber der ungeheuerlichen, die Welt überflutenden Lügenpropaganda der Diktaturen können die Demokratien nicht die Stimme der Wahrheit entgegenstellen, ohne sich in fremde Angelegenheiten einzumischen. Und wenn schließlich doch ein verantwortliches Staatsoberhaupt eine Rede hält, die überall gehört werden sollte, dann darf sie dennoch nicht zur Kenntnis derjenigen gelangen, an die sie gerichtet ist. Das Verbot, sie zu verbreiten, wird stillschweigend hingenommen, weil man sich doch nicht in die Angelegenheiten eines fremden Staates einmischen kann.

In der Tat, merkwürdige Welt!

Man kann an gewissen Tagen nicht den Rundfunk andrehen, ohne daß einen von irgend einer Nebenwelle — Berlin, Hamburg, Heilsberg, Leipzig, München, Frankfurt, Mühlacker, Kö-

nigswusterhausen — eine allbekannte Stimme anbrüllt. Man kann in London und Kopenhagen, in New York und Kapstadt nicht spazieren gehen, ohne auf die Spuren der nazistischen Propaganda zu stoßen. Aber wenn Roosevelt spricht, ist es im deutschsprachigen Rundfunk Europas still davon, und es dauert ein paar Wochen, bis die Gestapo irgendwo im Bettstroh verborgen einen Abdruck der Rede findet. Dann Gnade Gott dem Unglücklichen! Muß das so sein?

Wie wäre es z. B., wenn sich der amerikanische Botschafter beim Auswärtigen Amt erkundigte, warum die Rede seines Chefs in keiner deutschen Zeitung steht? Wie wäre es, wenn die amerikanische Regierung erklärte, sie betrachte das Verbot als einen unfreundlichen Akt? Wie wäre es, wenn die Botschaft die Rede drucken ließe, sie an ein paar hunderttausend Adres-

sen verschickte und Abdrücke jedem, der sie verteilen will, zur Verfügung stellte? Wie wäre es, wenn die Sendestationen rings um Deutschland gebeten würden, die Rede mehrmals zu verschiedenen Tageszeiten in guter deutscher Uebersetzung wirksam vorzutragen?

Es ist das nur ein Beispiel. Eben-sogut wie Deutschland könnte hier Italien stehen, ebensogut wie Roosevelt, Blum, Chamberlain oder der Papst.

Ja, wie wäre es, wenn man einmal alle friedlichen Machtmittel der Demokratie anwenden würde, um in die Lügenmauer, die die Diktaturen umgibt, eine ordentliche Bresche zu schlagen?

Es würden, gewiß, alle alten Diplomaten Kopf stehen, aber die Folgen wären dessenungeachtet ungemein heilsam.

Ja, würden die Diktaturen zu der Einsicht gebracht, daß sie ihre Völker von der Wahrheit nicht abschließen können, sie würden ihre ganze Politik ändern müssen, und der Hauptpfeiler ihrer Macht käme ins Wanken.

Mehr als das! Ihre Kriegsvorbereitungen würden auf das Gründlichste gestört sein. Denn nur ein blindes Volk kann man in einen gewissenlosen Krieg hineintreiben, ein sehendes nicht.

Die Lüge brütet den Krieg aus. Die Wahrheit tötet ihn im Keim.

Wer den Frieden retten will, der muß diejenigen wieder sehend machen, denen die Augen verbunden sind. Wer den Frieden retten will, muß den Völkern die Wahrheit sagen.

Um der Wahrheit, um des Friedens willen: die Roosevelttreden nach Deutschland!

Deutsches Geld und deutsche Waffen

Nazi finanzieren brasilianische Faschisten - Eine Interpellation in der Bundeskammer

mn. Rio de Janeiro, Ende September. Die Empörung der brasilianischen Öffentlichkeit über die Tätigkeit der nationalsozialistischen Auslandsorganisation hält unvermindert an und wird durch das Bekanntwerden von immer neuen Dingen, die die Verletzung der brasilianischen Souveränität durch die Nationalsozialisten beweisen, angestachelt. Auch diesmal geben wir nur Presseäußerungen wieder, die konservativen Organen entstammen, weil sie noch mehr als die viel erbitterteren Meinungsäußerungen der linksgerichteten Presse zeigen, wie groß die Mißstimmung ist. Die einflußreiche »Folha da Manhã«, die in Sao Paulo erscheint, schrieb unter anderem:

»Der Fall der Nationalsozialisten von Rio Grande do Sul ist bekannt: sie schickten einen Repräsentanten nach Deutschland, um gemeinsam mit Vertretern der ehemaligen deutschen Kolonien an einem Kongresse der deutschen Faschisten teilzunehmen. Die Organisation der Anhänger Hitlers in Südbraasilien ist in jeder Hinsicht umfassend: es fehlt nicht einmal eine militärische Organisation als Ausdruck der Ideologie, die aus dem Reich zu uns gebracht worden ist. Die Frage mit allem Ernste prüfend, kommen wir zu dem Ergebnis, daß Brasilien je eher, desto besser Maßregeln gegen diese Mißbräuche ergreifen muß, bevor diese durch ihre Generalisierung unerträglich werden! Ohne die Gesetze der Gastfreundschaft zu verletzen, können wir nicht dulden, daß exotische Ideologien (ideologias exóticas) in den deutschen Siedlungen propagiert werden, um auf diese Weise zu einer Spaltung innerhalb dieser beizutragen. Wir unterscheiden nicht die Fremden, die zu uns kommen, um gemeinsam mit uns an dem Fortschritt Brasiliens zu arbeiten nach ihrer politischen Ueberzeugung! Wir fordern nur ein durchgreifendes Gesetz, das all die unerträglichen Mißbräuche unmöglich macht. Uniformierte Milizen dürfen ebensowenig geduldet werden wie der Gebrauch von Abzeichen und Insignien ausländischer militärischer Organisationen. Das deutlichste Beispiel für dessen Notwendigkeit ist der Fall Rio Grande do Sul: ein deutscher Faschist reist nach Berlin, um eine Order Hitlers zu empfangen und sei-

nen Landsleuten in Südbraasilien zu übermitteln!«

Andere brasilianische Zeitungen sind in ihren Ausdrücken noch viel schärfer und sprechen davon, daß es nicht angängig sei, den »banditismo« der Nationalsozialisten nach Brasilien zu verpflanzen. Dem Faß den Boden ausgeschlagen haben aber einige Tatsachen, die durch eine in der brasilianischen Bundeskammer eingebrachte Interpellation bekannt geworden sind. Wir lassen diese Interpellation des Abgeordneten Café Filho in wörtlicher Uebersetzung folgen:

»Ich beantrage, daß das Präsidium der Kammer von dem Finanzminister Auskünfte einholt über das folgende:

- Ob es Wahrheit ist und ob davon das Bankkommissariat Kenntnis hat, daß die Accao Integralista Brasileira Anleihtiteln im Gesamtbetrag von sechstausend contos de reis ausgegeben hat, die sie »semprestimo patriótico« nennt und die dazu bestimmt sind, die Kosten ihrer politischen Propaganda für die Bundespräsidentenwahlen zu bestreiten;
- ob diese Titel von den Mitgliedern der Accao Integralista Brasileira bei der Banco Allemão Transatlântico eingereicht und von ihr diskontiert worden sind;
- welchen Betrag diese Transaktion der Banco Allemão Transatlântico zugunsten der Accao Integralista Brasileira erreicht hat?

Die Fragen an den Justiz- und Innenminister hatten folgenden Inhalt:

- ob der Justizminister davon Kenntnis besitzt, daß die Anleihtitel des »semprestimo patriótico« der Integralistischen Aktion, die von deren Parteimitgliedern indossiert wurden, von der Banco Allemão Transatlântico bevorschußt werden;
- ob diese Transaktionen bloß durch die Banco Allemão Transatlântico geschehen oder auch von anderen ausländischen Banken durchgeführt werden;
- was die Regierung, nachdem sich die Richtigkeit der Informationen herausgestellt hat, zu der Tatsache sagt, daß

eine politische Partei Titel einer Anleihe, die zur Deckung ihrer politischen Propaganda dienen, von einer ausländischen Bank diskontieren läßt?«

Die Interpellation des Deputierten Café Filho behauptete also nicht mehr und nicht weniger, als daß eine der Reichsregierung unterstehende Bank, die sich schon in Spanien im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Franco-Revolve unliebsam bemerkbar gemacht hatte, die Finanzierung der Wahlpropaganda einer politischen Partei Brasiliens vornehme. Die brasilianische Presse unternahm sofort eine Reihe von Bemühungen, um die Richtigkeit der in der Interpellation enthaltenen Angaben nachzuprüfen, und konnte in kürzester Zeit nachweisen, daß der Abgeordnete Café Filho richtig informiert worden war. Die Leiter der Filiale Rio de Janeiro des deutschen Bankinstitutes mußte das auf Vorhalt ebenfalls zugeben. Unter anderem stellte sich die erstaunliche Tatsache heraus, daß die erwähnte »Patriotische Anleihe« der brasilianischen Integralisten erst im Jahre 1942 fällig ist. Die der Reichsregierung unterstehende Bank war also, gegen ihre sonstigen Geschäftsmethoden bereit, unter außergewöhnlich günstigen Bedingungen Anleihestücke zu belehnen, auf die keine einzige brasilianische Bank auch nur einen Milreis Vorschuß gegeben hätte!

Unter diesen Umständen nimmt es nicht Wunder, wenn die brasilianische Öffentlichkeit konstatiert, daß die Integralisten die Form der »Anleihe« nicht zum wenigsten deswegen gewählt haben, um auf eine relativ unauffällige Weise eine deutsche Bank an der Finanzierung ihrer Bewegung teilnehmen zu lassen. Allerdings ist durchaus möglich, daß auch die andere in Brasilien niedergelassene deutsche Bank, die Banco Germanico, ähnliche Geschäfte gemacht hat. Bis zur Stunde konnte noch nicht ermittelt werden, ein wie großer Teil der Anleihe von insgesamt sechs Millionen Milreis (ein Betrag, der an Kaufkraft ungefähr 2,5 Millionen Schweizer Franken entspricht) von der Banco Allemão Transatlântico bevorschußt wor-

den ist. — um geringe Summen kann es sich aber nach allem, was man gehört hat, nicht handeln!

Die deutschen Stellen versuchen nun, die Zusammenhänge zu verwischen und zu vertuschen, indem sie behaupten, auch andere Bankinstitute hätten mit dem »emprestimo patriótico« der Integralistischen Aktion zu tun gehabt. Das ist insofern richtig, als einige kleinere brasilianische Banken mit der Einziehung der fälligen Beträge beauftragt worden sind. Die Banco Allemao Transatlantico ist aber die einzige ausländische Bank, die der faschistischen Bewegung Hilfe hat angeeignet lassen, und sie ist vor allem die einzige Bank überhaupt, die die Anleihtitel bevorschusst hat.

Die brasilianische Öffentlichkeit ist darüber um so empörter, als immer häufiger die Möglichkeit eines integralistischen Putsches erörtert wird und mehrmals Feststellungen über deutsche Waffenlieferungen an die Integralisten getroffen worden sind. Die brasilianische Presse stellt darum folgende Frage:

diskontiert die Banco Allemao Transatlantico etwa deswegen die Partei, auf welche die Integralistische Aktion, die erst in fünf Jahren fällig ist, weil sie mit dem Erfolg eines Putsches rechnet und dazu die Rückzahlung durch den brasilianischen Staat, etwa in Form von Baumwoll- und Manganerzlieferungen, erwartet?

Diese Frage wird um so dringlicher gestellt, als die brasilianische Öffentlichkeit Mitte September von einem sehr geheimnisvollen Schmuggel von deutscher Munition auf dem Dampfer »Ararangua« erfahren hat. Und zwar handelt es sich um Munition, die in Röhren versteckt war, die sogar, um die Behörden zu täuschen, mit einer bestimmten Sorte Stempelmarken beklebt worden waren. Die Erbitterungen der brasilianischen Bevölkerung über diese nationalsozialistische Manöver ist außerordentlich groß. Man ist jedoch mehr empört als nervös, weil man die feste Überzeugung besitzt, daß die braunen Pläne erfolglos sein werden. Man weiß auch genau, wie aufmerksam die Vereinigten Staaten von Nordamerika die Entwicklung in Brasilien und die Versuche der Nationalsozialisten, auf die brasilianische Innenpolitik Einfluß zu gewinnen, beobachten, und das dient ebenfalls zur Beruhigung.

Die unmittelbare Folge dieser Ereignisse ist nicht nur eine wachsende Antipathie gegen Deutschland, sondern auch gegen die in Brasilien lebenden Deutschen. Sehr viele Brasilianer vermögen nämlich nicht zwischen der Reichsregierung und dem deutschen Volke zu unterscheiden. Die Feigheit und Charakterlosigkeit des überwiegenden Teils der in Brasilien lebenden Deutschen beginnt sich bereits bitter zu rächen! Daß die fortgesetzte nationalsozialistische Einnischung in die brasilianische Innenpolitik und in die Organisationen der Teutobrasileiros solche Konsequenzen haben würde, war allerdings für jeden vernünftigen Menschen schon längst klar!

Sieg Heil — — stell die Platten ab!

Eine der Frauenschaftsführerinnen aus Hindenburg, die am Breslauer Sängerfest teilgenommen hat, erzählt mit Entsetzen ihren Pginnen, was sie kurz vor der »Führeransprache« erlebt habe. Sie war in der Nähe eines SA-Zuges aus Oberschlesien untergebracht, wo auch ein besonderes Zeit aufgestellt war, in welches niemand hinein durfte. Alles erwartete den Führer und unaufhörlich waren die »Sieg-Heilrufe« zu vernehmen. Man wollte den Anwesenden vor demonstrieren, welche große Sehnsucht bei den Teilnehmern für Adolf Hitler besteht. Wie überrascht war aber die Frauenschaftsführerin, als sie es erleben mußte, daß einige SA-Männer in das Zeit stürzten und dem dort anwesenden SA-Männern eintrichterten, stelle doch die Platten ab, der Führer spricht doch schon! Sie machte also die Feststellung, daß die Beifallskundgebung für den »geliebten Führer« nicht von der Menge der Teilnehmer, sondern mittels Platten durch Lautsprecher übertragen wurden und daß die Meldung zur Einstellung der Platten im besagten Zeit nicht rechtzeitig eingegangen ist. Dieses Erlebnis hat auf die Frauenschaftsführerin einen großen Eindruck gemacht und sie unterstrich den Pginnen, daß es scheint, daß wir alle von der NSDAP betrogen werden.

Entdoktorung

Die Rache des Systems

Die deutschen Universitäten haben vom Reichsinnenministerium Auftrag erhalten, einen Rachefeldzug gegen akademische Emigranten zu veranstalten. Die Rache ist bescheiden: man erkennt ihnen den Dokortitel ab, indem man sie für »des Tragens eines deutschen akademischen Grades unwürdig« erklärt. Was würdig ist und was nicht, darüber ist mit den akademischen Bütteln eines unwürdigen und unmoralischen Systems keine Diskussion möglich.

Diese Maßnahme hat bisher einige führende Sozialdemokraten betroffen, so die Genossen Curt Geyer und Paul Hertz. Sie wird jetzt allgemein schematisch durchgeführt, und erstreckt sich auch auf gänzlich unpolitische Familienangehörige. So ist der Tochter des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Hans Vogel, Dr. Frieda Vogel, von der Universität Gießen der Dokortitel aberkannt worden, nachdem sie vor einiger Zeit ausgebürgert worden ist. Frieda Vogel lebt seit Jahren in Skandinavien von ihren Eltern getrennt, erhält sich mit hauswirtschaftlichen Arbeiten, und betätigt sich nicht politisch. Dennoch verfolgt sie — als Tochter ihres Vaters — der Haß des Systems.

In dieser kleinlichen Rache gegenüber unpolitischen Familienangehörigen zeigt sich die Niedrigkeit des Systems.

Immunität für Ley

Er darf exzedieren. — Der oberste Parteirichter bestätigt es.

Unter den geheimen Vorträgen — aus denen wir weitere Veröffentlichungen folgen lassen — befindet sich ein Vortrag des obersten Parteirichters der NSDAP, Walter Buch, über die Parteigerichtbarkeit der NSDAP. Darin heißt es:

»Ich komme zu der Einsicht, daß im Gegensatz zu der deutschen Redensart, was dem einen recht ist, ist dem anderen billig, das römische Wort: »Quod licet Jovi, non licet bovis« das richtige ist. Es ist nicht so, daß das, was dem

einigen gestattet werden kann, auch der andere tun darf. Wenn zum Beispiel dem SA-Mann, der betrunken über die Straße torkelt, erst im Wiederholungsfalle aus dem Verhalten schlimme Folgen entstehen werden, so müßte ein solcher Vorgang für den obersten Richter der Partei sofort verhängnisvoll werden. Auf der anderen Seite müssen einem Mann, der sich um die Bewegung oder das Volk schon große Verdienste erworben hat, und der darum einen wichtigen Platz in der Gemeinschaft einnimmt, unter Umständen Dinge nachgesehen werden, die der Allgemeinheit im Hinblick auf die Erhaltung der Art nicht zugebilligt werden können.«

Es ist ohne weiteres klar, worauf sich diese Stelle bezieht. Die Offiziere der Wehrmacht haben sich über den Alkoholismus des Herrn Ley beschwert, desselben Mannes, der jetzt in Berlin den Herzog von Windsor empfangen und herumgeführt hat. Herr Buch hat die Aufgabe gehabt, vor den Offizieren der Wehrmacht Entschuldigungen auszusprechen, für die alkoholischen Exzesse des Herrn Ley und eine Begründung dafür zu geben, warum Herrn Ley nicht das geschieht, was einem gewöhnlichen Parteisoldaten der NSDAP bei so alkoholischen Exzessen vielleicht geschehen würde.

Erinnerungsmarsch mit Steckbrief

In der deutschen Presse wird bekanntgegeben:

»Alle Inhaber des Blutordens — (auch diejenigen, die auf Grund ihrer führenden Stellung in Partei, Staat und Wehrmacht an sich zur Teilnahme verpflichtet oder befohlen sind) — die an den Veranstaltungen des 8. und 9. November 1937 in der Hauptstadt der Bewegung teilnehmen, haben ausnahmslos bis spätestens zum 20. Oktober 1937 an das Amt für den 8. und 9. November 1923 in München, Residenz, Kaiserhof, schriftlich zu melden: a) Ihre jetzige genaue Anschrift, b) Nummer ihres Blutordensausweises. Wer diese hiermit bindend vorgeschriebene Meldung unterläßt, kann weder zum Appell im Bürgerbräukeller am 8. November abends, noch

zum Erinnerungsmarsch am 9. November zugelassen werden.«

Denn wenn die Gestapo nicht neunzehn Tage Zeit hätte, genaueste Nachforschungen anzustellen, könnte im Bürgerbräukeller nach der Decke geschossen oder zum Erinnerungsmarsch der Blutordensinhaber Röhm nebst Gefolge zugelassen werden. Je älter die Kämpfer, desto größer die Angst vor ihnen.

Frauen — zurück in den Betrieb!

Rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln! Bei der feierlichen Eröffnung der neuen »Reichsfinanzschule« in Meersburg hat Staatssekretär Reinhardt eine Rede gehalten, in der er u. a. die Neuerungen erläuterte, die vom 1. Oktober an bei der Gewährung von Ehestandsdarlehen gelten. Er sagte:

»Demgemäß werden mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. an Ehestandsdarlehen auch dann gewährt, wenn die künftige Ehefrau nicht aus ihrem bisherigen Arbeitsverhältnis ausscheidet. Den bereits verheirateten Frauen, die Ehestandsdarlehen erhalten haben, ist mit Wirkung von heute an bis auf weiteres erlaubt, wieder erwerbstätig zu werden.«

Damit ist alles umgeworfen worden, was bei der Gründung dieses Darlehensbetriebes mit viel schönen Reden gepriesen wurde. »Hausfrauen sollt ihr wieder sein!« rief man den Ehestandsanwärterinnen zu, »nicht mehr am fließenden Band, an der Maschine stehen, während daheim der Haushalt verkommt und die Kinder von der Gasse erzogen werden. Frauen — zurück ins Haus!« — Das war einmal. Jetzt ist der totale Vorkrieg ausgebrochen, jetzt heißt es die Stellen besetzen, die von den Arbeitsdienst- und Wehrpflichtigen, von den Rüstungs- und Zwangsarbeitern geräumt wurden, und die neuen Stellen in der Ersatzstoffindustrie dazu. Also: »Frauen, raus aus dem Haus! Zu kochen gibt es ohnehin nicht viel, und eure Kinder erziehen wir, daß es auf den HJ-Schießständen nur so kracht!«

Dabei wird jedes neue Prinzip jeweils für tausend Jahre in Kraft gesetzt. Wie die Zeit vergeht!

Aus großer Zeit

»Besuchen Sie das neue Deutschland!« so lauten einladend die Plakate der deutschen Fremdenwerbung, die in allen Reisebüros zu sehen sind. Ein Skandinavier, der der Aufforderung Folge geleistet hatte, schildert im Stockholmer »Social-Demokraten« die eigenartigen Begriffe von Höflichkeit und Gastlichkeit, die man im Dritten Reich ausländischen Gästen gegenüber an den Tag legt. Er hatte das zweifelhafte Glück, sich in Berlin gerade zur Zeit des Mussolini-Besuchs aufzuhalten. Aus seinem aufschlußreichen Bericht sei der folgende Passus wiedergegeben:

»An dem Tag, an dem der Duce in der Reichshauptstadt erwartet wurde, wurde ich vor 7 Uhr morgens in meinem Hotelzimmer von zwei SA-Leuten geweckt. Sie öffneten ganz einfach meine Tür, schlugen die Hacken zusammen und riefen mit erhobenen Armen: Heil Hitler! Darauf stellten sie mit mir ein Verhör an, eines der vielen tausend Verhöre, die an diesem Tag alle reisenden Ausländer und Touristen über sich ergehen lassen mußten. Ich erklärte, daß mein Besuch in Berlin von ganz und gar privater Natur sei und würgerte mich im übrigen, diejenigen ihrer Fragen zu beantworten, die mir allzu indiskret und aufdringlich zu sein schienen. Und sie hatten weiß Gott eine ganze Masse solcher Fragen an mich zu richten. Nach langem Hin und Her beschlossen die beiden Herren, von einer Verhaftung gnädig abzusehen. Sporenklirrend und mit erneutem Heil- Hitler-Ruf zogen sie von dannen, um ihre Neugier anderen Ausländern zu widmen... Eine kleine Weile später ertönte vom Korridor her ein furchtbares Geschrei. Zwei alte Damen riefen gellend um Hilfe. Ich stürzte nach draußen, um zu sehen, was los sei. Es stellte sich heraus, daß die beiden alten Frauen, die da laut lamentierten, Landsleute von mir waren. Sie waren zu Tode erschrocken. Durch Stiefelgetrampel und Heil- Hitler-Rufe waren sie aus dem Schlaf geweckt worden, und als sie die Augen aufmachten, stand eine ganze Schar SA-Leute mitten in ihrem Zimmer, um dort zu halb-nächtlicher Stunde eine Durchsuchung vorzunehmen. Es kostete viel Mühe, die vom Schreck ganz verstörten Greisinnen notdürftig zu beruhigen. Obwohl sie eine lange und anstrengende Reise hinter sich hatten, verließen sie auf der Stelle das Hotel und fuhren mit dem nächsten Zug heim nach dem Norden...«

Die nach Deutschland reisenden Ausländer haben für ihre guten Devisen jedenfalls die Möglichkeit, wenigstens einen leisen Begriff von den urwüchsigen Sitten und Gebräuchen der braunen Kulturereuerer zu bekommen.

Winterhilfe — für wen? Im Drit-

ten Reich gibt es bekanntlich keine Not und keine Arbeitslosigkeit mehr. Hitler hat allen Brot und Erwerb verschafft. Es herrscht sogar regelrechter Ueberfluß, denn wie könnten die braunen Anführer sonst wohl Millionen und aber Millionen Reichsmark für das Schau-gepränge ihrer Feste und Feiern verpulvern und einen Prunkpalast nach dem andern bauen? (Von den Milliarden, die die Aufrüstung kostet, ganz zu schweigen.)

Nichtsdestoweniger wird auch diesmal wieder zum »Winterhilfswerke« aufgerufen und jedem Deutschen anbefohlen, sich womöglich noch ausgiebiger als in den Vorjahren an dem großen »Feldzug gegen Hunger und Kälte« zu beteiligen. Da stimmt also irgend etwas nicht. Wozu ein Feldzug gegen die Not, die der Führer doch angeblich beseitigt hat? Der Leitartikler des »Berliner Tageblatts« sieht sich veranlaßt, auf diese naheliegende Frage eine Antwort zu erteilen, die immerhin tief genug blicken läßt:

»Die Zahl der Betreuten, so sagt man wohl, sei laufend im selben Verhältnis zurückgegangen, in dem Deutsche wieder ihr Brot selbst verdienen konnten. Das ist unrichtig. Denn wenn das Winterhilfswerk in den ersten Jahren naturgemäß seine Hilfsmittel vornehmlich den Arbeitslosen zugeführt hatte, so erwies sich doch bald schon eine wachsende Zahl derer hilfsbedürftig, die trotz ihrer Arbeit die durch den Winter sich erhöhenden notwendigen Lebenshaltungskosten nur schwer tragen konnten.«

Also: früher hungerten und froren die Arbeitslosen. Jetzt aber haben diese Menschen Arbeit bekommen, die — es ihnen ermöglicht, genau so zu beginnen und zu frieren wie vorher. Das ist der schlichte Tatbestand, auf den sich bei näherem Hinsehen das ganze »deutsche Wirtschaftswunder« reduziert.

Naziagenten in Finnland. Nachdem man erst kürzlich in England und Schweden der Wühl- und Spitzelarbeit von Gestapoagenten auf die Spur gekommen ist, scheinen ähnliche Entdeckungen auch in Finnland bevorzustehen. Ein Mitglied des finnischen Parlaments, der Abgeordnete Cay Sundström, richtete an die Regierung eine Anfrage, in der es unter anderem heißt:

»Zielbewußte Aufwiegelsarbeit wird von den faschistischen Mächten in vielen Ländern betrieben. Auch in Finnland ist solche Wühlarbeit zu spüren. Es ist konstatiert und von einem Teil der Tagespresse aufmerksam notiert worden, daß ausländische Faschisten, die unter diesem oder

jenem Vorwand unser Land besuchen, eine lebhaftige Tätigkeit zur Durchsetzung und Propagierung gewisser Absichten entfalten haben. Alle möglichen eigenartigen Leute, die sich als Jäger, als Pflanzen- oder Insektensammler ausgeben und sich dem äußeren Anschein nach nur mit harmlos-friedlichen Dingen beschäftigen, haben versucht, bei uns Fuß zu fassen. Diese Leute haben unterirdische faschistische Organisationen gegründet und sind teilweise auch der Militärspionage verdächtig.«

Der Abgeordnete ersuchte die Regierung, diesem unterirdischen Treiben erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen und entschiedene Abwehrmaßnahmen zu ergreifen...

Auch der Tabak wird autark. Die Dresdner Zigarettenfabrik Delta, die es augenscheinlich von Göbbels gelernt hat, wie man geschmackvolle und in den Grenzen der Wahrheit sich haltende Reklame macht, läßt in den deutschen Zeitungen ganzseitige Inserate erscheinen, die mit Riesentextern einen Appell an die Raucher richten:

»Raucher! Schluß mit dem gedankenlosen »Paffen«, — diesem wahllos mechanischen Draufloarrauchen, wie es die Nervosität der früheren Jahre mit sich gebracht hat! Ein neues Zeitalter gesteigerten Lebensgefühls ist angebrochen! Wir haben neu sehen, neu denken, neu fühlen gelernt, wir wollen nun auch neu, nämlich mit Sinn und Verstand und mehr Genuß rauchen lernen! Wir stehen heute am Beginn einer neuen Rauch-Epoche!«

Soweit die Reklame der geschäftstüchtigen Delta-A.-G. Der Zufall wollte es, daß ich just in derselben Zeitung, in der jenes Inserat sich über eine ganze Seite breitmachte, auch eine kleine, bescheiden versteckte Notiz fand, aus der Näheres und Realeres über die verkündete neue Rauch-Epoche zu erfahren war. Im Zuge des Vierjahresplans soll nämlich jetzt die Tabakeinfuhr mehr und mehr gedrosselt und der Deutsche soll angehalten werden, autarken heimischen Tabak zu rauchen.

»Es wird gelingen, den deutschen Tabak so zu verbessern, daß er gern gekauft wird. Der deutsche Tabak soll kein Ersatz sein, sondern eine urwüchsige deutsche Produktion. Man will unter anderem deutschen Virginia-Tabak herausbringen. Die irreführende Aufschrift »rein Übersee« muß verschwinden, denn wir haben allen Grund, auf den deutschen Tabak, der in den Waren enthalten ist, infolge seiner Güte stolz zu sein.«

Darum, deutscher Raucher, mache Schluß mit dem gedankenlosen Paffen fremdvölkischen Tabaks und befreunde dich im Zeichen der neuen Rauch-Epoche mit echt pommer-schen Virginialkraut! Jeder Lungenzug ein Stück Arbeitsdienst am Vierjahresplan!...

K. K.

Bournemouth und Scarborough

Labour für Rüstungen — Konservative gegen Hitlers Kolonialforderungen.

Wie der Tag von der Nacht, so unterscheidet sich die diesjährige Konferenz der Labour-Party in Bournemouth von jener, die vor einem Jahr in Edinburgh abgehalten wurde. Edinburgh bot ein Bild der Zerfahrenheit, der Unsicherheit und Ratlosigkeit, das jeden Freund der englischen Arbeiterbewegung erschrecken mußte. Seitdem scheint sich an der Partei ein Wunder der Verjüngung vollzogen zu haben, ihr ganzes Verhalten scheint gestrafft, entschlußbereit und verantwortungsbewußt, wie nur je in der besten Zeit.

Die Konferenz hat zunächst den Anhängern der Einheitsfront durch einen überwältigenden Mehrheitsbeschuß die Aussichtslosigkeit ihrer Bestrebungen vordemonstriert und sie dann in den Parteivorstand — dem im kommenden Jahr an Stelle Daltons George Dallas präsidieren wird — aufgenommen. Die Parteiführung gewinnt in dem Rechtsanwalt Stafford Cripps und dem Professor Harold Laski gewiß zwei sehr eigenwillige Mitglieder, aber doch zugleich einen glänzenden Redner und einen bedeutenden Theoretiker...

Mit einer ähnlich erdrückenden Mehrheit — 2.167.000 gegen 228.000 Stimmen — bestätigte die Konferenz den Beschluß des Parteivorstandes, der sich für eine konstruktive Außenpolitik unter Beibehaltung und Fortführung der Aufrüstung erklärt. Die Opposition kämpfte in zwei verschiedenen Fühlern: das eine unter Führung des greisen Lansbury kann sich aus religiösen Gründen nicht zur Verteidigung bekehren, denn — sagt Lansbury — »wer das Schwert führt, muß durch das Schwert umkommen«, die andere, von Aneurin Bevan geführte, vertritt die Meinung, daß unter der gegenwärtigen Regierung, als Protest gegen sie, jede Rüstung abgelehnt werden müsse. Beide Redner kamen über einen Achtungserfolg nicht hinaus. Ihnen trat die große Autorität Noel Bakers entgegen und das starke Temperament Fred Walkers (von der Metallarbeitergewerkschaft). »Wir sind«, sagte Walker, »als eine verantwortliche Partei internationalen Organisationen angegliedert und wissen, daß sich andere Völker sicherer fühlen, wenn England bewaffnet ist, denn England ist die Mutter der Demokratie und hat immer für demokratische Freiheit gestanden: »Sollen wir etwa«, rief er, »Indien aufgeben, damit Deutsche, Italiener und Japaner dort einmarschieren können?«

»Daily Herald« sagt in einem abschließenden Artikel, mit dem Herzen sei die Partei ganz mit Lansbury, wenn er gegen den Wahnsinn des Völkermordens donnert, aber ihr Hirn sage ihr, daß die Nation nicht wehrlos gelassen werden dürfe in einer Welt, deren Freiheit und Zivilisation von akropelosen Diktatoren und blutigen Tyrannen bedroht sei.

Alles in allem kann man wohl sagen, daß die Labour Party im letzten Jahr eine Menge zugerlernt hat. Hitler und Mussolini haben sich als gute Lehrmeister erwiesen.

Auch die konservative Parteikonferenz in Scarborough zeigte, wenn auch nicht in dem Maße wie die Labourkonferenz in Bournemouth, ein gegenüber dem Vorjahr verändertes Verhalten. Auf der Konferenz von Margate waren noch einige Redner aufgetreten, die dafür eintraten, daß Deutschland einen Teil seiner früheren Kolonien als Mandatsgebiet zurückgegeben werde. Diesmal fand eine Resolution, die alle Kolonialforderungen Deutschlands rundweg ablehnte, einstimmige Annahme. Auf der anderen Seite freilich wurde der repräsentative Posten eines Präsidenten der konservativen Organisationen mit Lord Londonderry besetzt, dessen Sympathien für Hitler bekannt sind.

Zusammenfassend kann man sagen, daß jetzt — es war nicht immer so — Labour gegenüber den Diktaturstaaten, besonders Hitlerdeutschland, eine viel klarere und entschlossener Haltung einnimmt als die regierende konservative Partei.

Das Satirspiel zu den englischen Parteikonferenzen bot diesmal der deutsche Rundfunk, er posaunte in mehreren Sendungen triumphierend in die Welt hinaus, daß der »Manchester Guardian« die Kolonialforderungen der Hitlerregierung zustimme. In Wirklichkeit verhält sich die Sache so: in der konservativen Kolonialresolution wurden die Liberalen und Sozialisten wegen ihrer angeblich unsicheren Haltung in der Frage des Empire angegriffen, wodurch sich das große liberale Organ zu einer Antwort her-

Roosevelt gegen die Diktatoren

Welche Siegesaussichten haben die Angreifer noch?

Die Rede Roosevelts gegen die Diktaturstaaten, gegen Deutschland, Italien und Japan, die Friedensstörer und Vertragsbrecher, kommt in einem Augenblick, in dem die internationale Spannung zu einer Entscheidung drängt. Chamberlains Bemühungen, durch seinen Briefwechsel mit Mussolini zu direkten Verhandlungen zu gelangen, sind gescheitert; die deutsch-italienische Intervention in Spanien hat sich, unbekümmert um die auf Wunsch beliebig oft gegebenen Zusicherungen, aufs neue verschärft, und England und Frankreich sehen sich vor die Frage gestellt, ob sie Spanien, seine Inseln und die nordafrikanische Küste zu einer italienisch-deutschen Herrschaftszone werden lassen sollen. Das wäre die Verwandlung des Mittelmeeres, der lebenswichtigen Verbindung Englands mit seinem Empire, in einen italienischen See, die Zerschneidung der Kommunikationen Frankreichs mit seinen Kolonien und die Gefährdung der Mobilmachung des französischen Heeres.

Mit anderen Worten: es handelt sich für England und Frankreich um die Erhaltung ihrer Großmachtstellung, ja um die Erhaltung ihrer Existenz überhaupt, denn nach Verlust der Sicherheit ihrer Seeverbindungen wären beide Staaten der aggressiven Macht Deutschlands und Italiens völlig ausgeliefert. Die jetzige Bedrohung ist deshalb für sie noch gefährlicher als die von 1914. Darum können sie der Entscheidung nicht ausweichen. Sie müssen versuchen, die Zurückziehung der »Freiwilligen«, das heißt den Rückzug der Deutschen und der Italiener aus den wichtigen strategischen Positionen zu erreichen. Daher die Aufforderung Englands und Frankreichs an Italien, in Verhandlungen über die Zurückziehung der Truppen einzutreten. Italiens Antwort sucht neben der Heranziehung Deutschlands neuen Zeitgewinn zu erlangen, um unterdessen die italienische Position in Spanien auszubauen, sie womöglich durch den Sieg Francos zu einer ungemein starken zu gestalten. Für England und Frankreich ist es umgekehrt vielleicht der letzte Moment, die Angreifer zum Rückzug zu bewegen.

Dabei darf man sich keinen Illusionen hingeben. Der Entscheid über den Konflikt, von dessen Ausgang Krieg oder Frieden der Welt abhängt, hängt heute im wesentlichen von dem Urteil ab, das die beiden Diktatoren — Mussolini und Hitler — sich über ihre militärische Sphäre gebildet haben. Denn es sind nur die Chancen des Sieges und sonst nichts, die in ihre Erwägungen eingehen. Diese Chancen sind aber sehr wesentlich dadurch bestimmt, welche Hilfsmittel England und Frankreich zur Verfügung stehen. Denn diese bestimmen neben anderem auch die Dauer des Krieges. Müssen die Diktaturen mit einem längeren Kriege rechnen, so sind ihre Siegesaussichten minimal. Deshalb kommt der Stellungnahme Roosevelts große Bedeutung bei.

Die Haltung der Vereinigten Staaten war seit Kriegsende die einer absoluten Isolierung. Sie haben die Aufgabe ihrer auswärtigen Politik darin erblickt, die Vereinigten Staaten unter allen Umstän-

den aus jedem künftigen Krieg fernzuhalten. Daher die Ablehnung des Eingriffs in den Völkerbund und der Teilnahme an dem internationalen Schiedsgerichtsverfahren, die sich allmählich immer mehr zur Ablehnung jeder politischen Zusammenarbeit mit außeramerikanischen Mächten steigerte. Die Debatten um die Außenpolitik hatten nur die beste Wahrung der Neutralität zum Inhalt, diese selbst schien das anerkannte, seit der Niederlage Wilsons von keinem Politiker mehr angezweifelte Ziel. Freilich war in der letzten Zeit eine gewisse Unterströmung unverkennbar. Auch in den Vereinigten Staaten wurde die Frage aufgeworfen, ob in der Tat der Angreifer dieselbe Unterstützung, ja unter Umständen eine größere Unterstützung durch die amerikanische Neutralität erfahren sollte als der Angegriffene. In dem am 1. Mai in Kraft getretenen Neutralitätsgesetz sind Bestimmungen enthalten, die in Wirklichkeit im Falle eines europäischen Krieges die Angegriffenen — Frankreich und vor allem England — gegenüber den Angreifern begünstigen. Zwar hat der Kongreß dem Wunsche Roosevelts, dem Präsidenten weitgehende Vollmachten über die im Falle eines außeramerikanischen Krieges zu ergreifenden Maßnahmen zu geben, nicht stattgegeben. Es treten vielmehr eine Reihe von Maßnahmen — Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial, Verbot von Kreditgewährung usw. — automatisch in Kraft, sobald der Präsident einen »Kriegszustand« festgestellt hat. Der Präsident ist auch verpflichtet, eine Liste von Waren aufzustellen, deren Ausfuhr auf amerikanischen Schiffen den Frieden der Vereinigten Staaten gefährden könnte. Aber die Ausfuhr solcher Waren — man denke an kriegswichtige Rohstoffe oder Lebensmittel — kann dann von den kriegführenden Staaten gegen Barzahlung auf ihren eigenen Schiffen vorgenommen werden, und das bedeutet in der Praxis die Bevorzugung des goldreichen und seemächtigen Englands und des verbündeten Frankreichs.

Aber die Anwendung dieses Neutralitätsgesetzes erweist sich als sehr bedenklich in dem Krieg, den Japan gegen China unternommen hat und der unmittelbarer und augenscheinlicher als ein europäischer wichtiger Interessen der Vereinigten Staaten bedroht. Denn die Ausfuhr auf eigenen Schiffen gegen Barzahlung kann zwar für Japan in Betracht kommen, aber kaum für China. Deshalb hat Roosevelt bisher gezögert, das Bestehen eines »Kriegszustandes« zu verkünden und deshalb sucht er jetzt das amerikanische Volk davon zu überzeugen, daß die unterschiedslose Neutralitäts- und Isolierungspolitik gerade mit dem Ziel der Kriegsverhütung unvereinbar werden kann.

Roosevelt beschränkt sich dabei nicht etwa — und aus guten Gründen — auf den fernöstlichen Krieg. Er sucht vielmehr die Ueberzeugung zu wecken, daß der Bruch der Verträge die Beseitigung der internationalen Rechtsordnung, kurz, die Praxis der Diktaturen, wenn man sie gewähren läßt, schließlich zu immer mehr sich ausdehnenden Konflikten führen muß, die

endlich auch die Vereinigten Staaten selbst ergreifen müssen. Die »nachgerade epidemisch werdende Gesetzlosigkeit in der Welt«, für die Roosevelt nicht nur die japanischen Ueberfall- und Mordmethoden, sondern auch die Torpedo- und Luftangriffe im Mittelmeer als Beweise ansieht, machen die Isolierungspolitik immer unwirksamer. Deshalb befürwortet er etwas Neues, den Entschluß »zur Verfolgung einer Politik des Friedens und zur Annahme aller praktischen Maßnahmen, die eine Verwicklung des Landes in einen Krieg mit seinen Gefahren für die Wohlfahrt des ganzen Volkes abwenden können.«

In Deutschland und Italien, wo man die Rede bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt hat, sucht man sie zu bagatelisieren; man rechnet auf den Widerstand der Isolierungspolitik und der so verachteten Pazifisten, und, wenn überhaupt, will man ihr Bedeutung nur für das Verhalten gegen Japan beimessen. Aber das heißt die wirklichen Ursachen dieser Wendung verkennen, die in der Aenderung der außenpolitischen Situation der Vereinigten Staaten zu suchen ist. Vor einiger Zeit führte ein Aufsatz in der sehr zu beachtenden Zeitschrift »Foreign Affairs« aus, daß eine gleichzeitige Bedrohung des britischen Reiches im Fernen Osten, im Mittelmeer und in der Nordsee für die Vereinigten Staaten unweigerlich die Gefahr mit sich bringe, in einen allgemeinen Krieg hineingerissen zu werden. Eine Zerstörung der britischen Machtstellung würde auch für Amerika gleichbedeutend sein mit dem Zusammenbruch der gesamten internationalen Rechtsordnung, auf der seine Position in der Welt beruhe, und deshalb könnte es einem entscheidenden Angriff auf England niemals untätig zusehen, sondern würde an seiner Seite durch die Macht der Verhältnisse zum Krieg gezwungen werden.

Das ist die Erkenntnis, die im zunehmendem Maße sich auch den verantwortlichen Politikern in den Vereinigten Staaten aufdrängt. Aus diesen realen Interessen der amerikanischen Außenpolitik und nicht nur aus rechtlichen und moralischen Erwägungen, eine so große Rolle auch diese spielen, ist die Stellungnahme Roosevelts entsprungen, und deshalb ist die Hoffnung nicht unbegründet, daß sie sich auch allmählich im amerikanischen Volk trotz der entgegenstehenden Strömungen durchsetzen wird.

Auf alle Fälle aber bedeutet Roosevelts Rede und die Solidaritätserklärung des amerikanischen Außenamts mit dem Völkerbund in der Verurteilung Japans eine deutliche, in einem wichtigen Moment erfolgte Warnung an die europäischen Diktatoren. Entfesseln sie den Krieg, so müssen sie mit der Gegnerschaft der Vereinigten Staaten rechnen, und die Geschichte des letzten Krieges hat gezeigt, daß die moralische Verurteilung und der sittliche Abscheu der amerikanischen Demokratie, schließlich auch zur entscheidenden Tat führen kann. Für den Ausgang des Konfliktes um Spanien hat Roosevelt vielleicht einen entscheidenden Beitrag geliefert. Dr. Richard Kern.

ausgefordert fühlte. Aus ihr herauszulesen, daß es die Kolonialforderungen Hitlers unterstütze, war nicht leicht, der deutsche Rundfunk brachte das Kunststück trotzdem fertig.

Es gibt kaum ein englisches Blatt, das den Kampf gegen die Hitlererei schärfer führt als der »Manchester Guardian«. Keine Zeile, kein Wort davon darf nach Deutschland dringen. Aber kaum steht ein Satz in ihm, der dem System zu passen scheint, so brüllen ihn schon alle Lautsprecher in die Welt hinaus.

Aus der Volksgemeinschaft ausgestoßen ...

Well bei einem jüdischen Arzt in Behandlung

Der Vertrauensrat der Borstig-Kokswerke in Hindenburg gibt der Belegschaft der Abteilung Skalley-Werke bekannt, daß der Lokomotivführer Emanuel Alscher und der Tischler Josef Wilk für ein halbes Jahr aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen sind, weil sie sich von einem jüdischen Arzt behandeln ließen. Wohlgeremert wird dieser jüdische Arzt aber nach wie vor von der Betriebskrankenkasse beschäftigt, woran sich der Vertrauensrat nicht stößt. Diese Be-

kannmachung hat in der Belegschaft eine große Begeisterung hervorgerufen, man fragt gegenseitig, ob man nicht aus der Volksgemeinschaft hinaus will, es sei doch jetzt dazu die beste Gelegenheit gegeben, man brauche sich nur jüdisch behandeln zu lassen. Alscher und Wilk werden nämlich weiter auf ihren früheren Arbeitsstellen beschäftigt und die Arbeitsfront versäumt es auch nicht, ihnen die Beiträge abzuleben, nur in der »Volksgemeinschaft« dürfen sie nicht sein. Sie verhehlen den Kameraden nicht, daß sie sehr gern der Volksgemeinschaft fernbleiben möchten, wenn sie nur von der Winterhilfe und sonstigen Zwangsbeiträgen verschont blieben.

„Gefährlich leben ...“

SA im Dreck, die Bonzen im Speck

»Die Zahl der bisher bekannt gewordenen Todesfälle bei Gepäckmärschen usw., von unerkannten oder später auftretenden Schädigungen gar nicht zu reden, ist ungewöhnlich hoch. Hier muß Abhilfe geschaffen werden und nötigenfalls die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.«

So ein Herr Dr. Weiß von der »SA-Gruppe Hessen« in einem Artikel der »Deutschen Medizinischen Wochenschrift« vom 1. Oktober 1937 über »Aus dem Aufgabengebiet des SA-Arztes«. Aber zu den »Verantwortlichen«, die sicher in gar keiner Weise von verkrüppelten SA-Männern oder von den Hinterbliebenen solcher, die bei jenen »Gepäckmärschen usw.« auf dem Felde der Ehre blieben, zur Rechenschaft gezogen werden könnten, gehört unter keinen Umständen der Hauptverantwortliche, nämlich der derzeitige SA-»Stabschef« Lutze, Nachfolger des seligen Röhm. Denn er konnte noch nicht einmal von einem ganz befugten deutschen Steueramt irgendwie zur Rechenschaft gezogen werden, das jüngst wegen Vermögenszuwachsteuer bei ihm bescheiden anfragte, weil es doch durch einen Einbruch in seiner Villa in Berlin herausgekommen war, daß dieser Herr Lutze seit einiger Zeit sich eben diese Luxuswohnung zugelegt, also doch wohl großen Vermögenszuwachs erlitten hat. Herr Lutze ließ nämlich dem Steueramt mitteilen, daß ihm die Prachtvilla der »Führer« persönlich geschenkt habe. Den Gepäckmarsch möchten wir wirklich erleben, bei dem also der Herr Lutze stirbt!

Kanonen wichtiger als Mittelstand

»Bedenkt man noch, daß das Warenhaus der Ruin des gewerblichen Mittelstandes ist, daß das Warenhaus in der grausamsten Weise Hausarbeit auslöst, ebenso wie das Personal, daß das Hauptarbeitsgebiet der billige Schund ist, während die besseren Artikel meist teurer sind als in gediegenen Fachgeschäften, so rechtfertigt sich hieraus unser scharfer Kampf gegen die Warenhäuser. Wir sehen auch in diesen Einrichtungen eine besondere Organisationsform der zinskaptalistischen Idee, die nicht der wirklichen Bedarfsdeckung dienen, sondern hauptsächlich riesige Gewinne für die Aktionäre der Warenhäuser abwerfen sollen.«

Das ist zu lesen in Gottfried Feders Schrift »Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken«. Diesem Programm entsprechend wurden in der Sturm- und Drangzeit der »nationalen Revolution« die Horden der SA weniger gegen die Warenhäuser selbst als gegen ihre Kunden aufgebildet. Schluß mit den Warenhäusern, rettet den Mittelstand, war die Parole, aber es war dem nationalsozialistischen Regime weniger darum zu tun, dem Mittelstand zu helfen, als ihn als Kanonenfutter im Kampf um die Machthauptung zu benutzen. Jetzt geht es den Warenhäusern immer besser und dem Mittelstand immer schlechter.

»Etwa seit Mitte vorigen Jahres«, schreibt der »Deutsche Volkswirt« am 3. September 1937, »haben die Umsätze der Warenhäuser in den meisten Abteilungen wieder den Anschluß an die aufsteigende Umsatzentwicklung der Fachgeschäfte des Einzelhandels gefunden, wiewohl sie immer noch etwas zurückblieben.« Der Vorsprung der Fachgeschäfte ist aber inzwischen eingeholt worden. »Im ersten Halbjahr 1937 lagen die Umsätze der Warenhäuser um 7,9 Prozent und die der Kaufhäuser, die man zum Teil als Warenhäuser ohne Lebensmittelabteilung ansehen muß, um 9,9 Prozent über dem Vorjahr, während die Fachgeschäfte im Gesamtdurchschnitt eine Umsatzsteigerung um 10 Prozent aufwiesen.« Der Kampf gegen die Warenhäuser ist also liquidiert, und nachträglich erfährt man auch, daß die Rettung des gewerblichen Mittelstandes nur Vorwand, die Enteignung der jüdischen Warenhausbesitzer zugunsten einiger Nazifavoriten der eigentliche Zweck der Übung gewesen ist. »In früheren Jahren hat man«, gesteht der »Deutsche Volkswirt«, »die Warenhäuser bekämpft, weil ihre Wettbewerbs- und Werbeformen vieles zu wünschen übrig ließen, und weil sie dadurch die mittelständischen Fachgeschäfte in Bedrängnis brachten. Namentlich in den Krisenjahren hatten sie infolge ihres schnelleren Warenumschlags die Möglichkeit, ihre Preise rascher zu senken als ihre Konkurrenz. Dies alles verschärfte durch die Tatsache, daß sie sich vielfach in jüdischen Händen befanden, tief eine wachsende Abneigung gegen sie hervor und veranlaßte Schutzmaßnahmen zugunsten des übrigen Einzelhandels. Inzwischen sind die Ursachen, die zum Kampf gegen das Warenhaus nötigten, zum größten Teil beseitigt. Das Eigentum an diesen Unternehmungen ist weitgehend, ihre Leitung fast restlos in arische Hände übergeleitet.«

Inzwischen hat sich die Machtlage des Regimes und damit auch seine Haltung zum Mittelstand wesentlich geändert. Das nationalsozialistische Regime ist stark genug, daß es sich leisten kann, die Schichten, die es zur Macht gebracht haben, aber jetzt unbehaglich geworden sind, ihrem Schicksal zu überlassen. Der Kleinhandel war in der Krise eine Zuflucht für viele, die ihre Arbeit verloren hatten. Nach einer Statistik der Reichsarbeitsgemeinschaft »Handel« waren 1936 in 793.000 Einzelhandelsbetrieben 1.862.000 Personen beschäftigt, das sind durchschnittlich also etwa zwei Personen je Betrieb einschließlich des Betriebsinhabers. In diesen Zahlen sind aber die Hausiergeschäfte nicht enthalten. An der Anzahl der Einzelhandelsbetriebe überwiegt also bei weitem der Anteil der sogenannten Einmannbetriebe, d. h. der vom Inhaber und seinen Angehörigen allein geführten Geschäfte. Die Ueberfülle kleiner Existenzen, die alle auf Kosten der Verbraucher ihr Leben fristen wollen, verschärft die vom Regime selbst zugunsten der wirtschaftlichen Mobilisierung verursachte Teuerung. Der amtlichen Unterbindung von Preiserhöhungen auf Kosten der Handelsspanne sind die durchrationalisierten Großbetriebe besser gewachsen als das große Heer des Kleinhandels. Weil die Parole: Herunter mit den Löhnen schwer durchführbar ist, wenn nicht die Teuerung in erträglichen Grenzen gehalten wird, weil sonst also die Aufrüstung nicht durch Ausbeutung finan-

ziert werden könnte, muß der Kleinhandel den Warenhäusern und nicht die Warenhäuser dem Kleinhandel weichen. »Der deutsche Volkswirt« spricht das unumwunden aus:

»Der größere Einzelhandelsbetrieb ist nun einmal in gewissen Fällen leistungsfähiger und gerade für den Vertrieb von einfachen Massenwaren unentbehrlich. So wird es sich als notwendig erweisen, die Tätigkeit des Warenhauses nicht weiter einzuschränken, sondern ihm Spielraum zur Entfaltung seiner Leistungsfähigkeit im Dienste der Preispolitik und damit der Volksgemeinschaft zu lassen. . . . So werden die Einwände, die früher gegen Waren- und Kaufhäuser aus volkswirtschaftlichen und kulturellen Gründen vorgebracht werden konnten, unter den heutigen volkswirtschaftlichen Bedingungen und gegenüber der heutigen Erscheinungsform dieser Einzelhandelsbetriebe mit Recht von einer neuen Betrachtungsweise abgelöst. Die künftige Entwicklung der Waren- und Kaufhäuser ist daher anders zu beurteilen, als es noch vor einigen Jahren der Fall war.«

Eine von der Forschungsstelle für den Handel angestellte Untersuchung hat ergeben, daß der Großbetrieb dem kleinen Geschäft fast in jeder Hinsicht überlegen ist und daß »an der gesamten Umsatzsteigerung die Unternehmungen mit den größten Umsätzen überdurchschnittlich teilgenommen haben, während die kleinen Gruppen unter dem Durchschnitt lagern.« Das zeigt, daß der Kleinhandel gegenüber dem amtlichen Preisdruck wenig widerstandsfähig ist. Nach dem Grund-

satz: Was fällt, soll man auch noch stoßen, wird ein wahrer Vernichtungsfeldzug gegen die einst so gehätschelten Kleinhandelsbetriebe geführt. Das Gesetz von 1934, das die Errichtung von Kleinhandelsgeschäften von behördlicher Genehmigung abhängig macht und bisher sehr nachsichtig gehandhabt worden ist, wird neuerdings mit aller Schärfe durchgeführt. Die Polizeibehörden haben bereits zu Beginn dieses Jahres in der Presse und in Bekanntmachungen davor gewarnt, die Gesetzesbestimmungen, die die Eröffnung von Geschäften von staatlicher Genehmigung abhängig machen, unbeachtet zu lassen. Wer eine Einzelhandelsverkaufsstelle eröffnen oder übernehmen will, darf mit der Verkaufstätigkeit erst beginnen, wenn er die erforderliche Genehmigung in Händen hat. Die Polizei ist andernfalls berechtigt, das Geschäft zu schließen, ohne daß der Betroffene Schadenersatzansprüche geltend machen kann. Besonders scharf wird gegen den Hausierhandel vorgegangen. Hier wird nicht nur die Eröffnung, sondern auch die Weiterführung von amtlicher Genehmigung abhängig gemacht.

Man müßte annehmen, daß der Andrang zum Kleinhandel, der unter dem doppelten Druck von Rohstoffmangel und Preisvorschriften zu leiden hat, nicht besonders groß sein kann. Man will aber, wie das Streben nach Verminderung der Hausierer zeigt, den Zugang zu der im Dritten Reich allerdings

mehr als fragwürdigen Selbständigkeit des Kleinhandels gänzlich versperren, weil man alle brauchbaren Arbeitskräfte in die Fabriken zwingen will. Der Mangel an verwendbaren Arbeitskräften bedroht die Aufrüstung. Im »Völkischen Beobachter« vom 5. August wird die Säuberung der Wirtschaft von »übersetzten Berufen« gefordert und besonders auf den Einzelhandel verwiesen, der mehr als 3 Millionen Menschen beschäftigt. Im »Deutschen Volkswirt« vom 3. September 1937 wird unzweideutig ausgesprochen, daß die von Feder einst geforderte »scharfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden« fallen gelassen wird, weil Hitler Arbeitssoldaten braucht. Es heißt im »Deutschen Volkswirt«:

»Nachdem an die Stelle der Massenarbeitslosigkeit geradezu ein Mangel an noch verfügbaren Arbeitskräften getreten ist, entfällt auch die Notwendigkeit, lebensunfähigen Betrieben des übersetzten Einzelhandels einen besonderen Schutz angedeihen zu lassen; vielmehr ist es jetzt notwendig, alle an anderen Stellen entbehrlichen Kräfte einer produktiven Verwendung zuzuführen und durch höchste Leistung auf eine Senkung der Kosten- und der Handelsspanne hinzuwirken, damit in einer Zeit anziehender Preise eine möglichst preiswürdige Versorgung des Volkes erreicht wird.«

Wenn Kanonen wichtiger sind als Butter, so sind sie auch wichtiger als Mittelstandesrettung.

G. A. F.

Im Paradies der Folterknechte Sittlichkeitsverbrecher und »Staatsfeinde« auf einer Stufe

Durch die Hitlerpresse macht jetzt eine Verfügung des Reichsjustizministers Gürtner die Runde, nach der — »im Rahmen des Vierjahresplanes« — mehr als bisher Strafgefangene des Dritten Reiches zu Außenarbeiten herangezogen werden sollen. Begründet wird diese Maßnahme mit dem Facharbeitermangel innerhalb der Kriegskonjunktur. Aber auch in der Landwirtschaft fehlt es bekanntlich dauernd an Arbeitskräften, die das System nur sehr mangelhaft durch Improvisationen der Leuterverschickung in allen möglichen Zwangsorganisationen, durch Soldatenbeurlaubungen und ähnliches ersetzen kann. Der Reichsjustizminister hat darum angeordnet, daß Strafgefangene vor allem als Erntearbeiter, auch bei der bevorstehenden Zuckerrübenerte, verwendet und an einzelne »Reichsnährstandsbetriebe« gewissermaßen aufgeteilt werden sollen. Die Verfügung zeigt den ganzen Opportunismus des Systems, wo seine Kriegskonzeption zur Debatte steht. Denn an sich soll nach nationalsozialistischer »Weltanschauung« der Strafvollzug gegenüber dem Rechtsbrecher so hart und so abschreckend als möglich sein; und danach ist auch nach der »Machtübernahme« die Zuchthauspraxis gründlich »erneuert« worden. Die Einzelhaft ohne sinnhafte und ablenkende oder gar erzieherische Beschäftigung des Gefangenen — also die Kasematten- und Verließpraxis eines halbmittelalterlichen Strafvollzugs, der »Bunkers« schlechthin, ist wieder zu hohen Ehren gelangt. Nun aber lockert das System die Anstaltsdisziplin an einer Stelle stärker, als es sogar der frühere demokratische und humane Staat tat: einfach deshalb, weil es eine aktuelle Staatsraison so empfiehlt und Göring auf keinen Rüstungsarbeiter verzichten will.

Daß unter den obwaltenden Umständen, bei der völligen Militarisation des deutschen Strafvollzugs und seiner Rückkehr zum allgewaltigen Profaß und Schießer die Strafgefangenen diese »Notstandsmaßnahme« als eine große Erleichterung ihres Loses empfinden müssen, geht aus dem Kommentar der Verfügung mit aller Deutlichkeit hervor; er bestimmt ausdrücklich, daß nicht alle Zuchthausinsassen der erlösenden seelischen Wirkung der »Außenarbeit« teilhaftig werden dürfen und daß die Auswahl der zu dieser Arbeit Zugelassenen sich nach dem jeweils geringeren Grad der Gemeinheit des Deliktes richten soll, auf Grund dessen sie sitzen. In jedem Falle und generell sind nicht zugelassen: Sittlichkeitsverbrecher und — politische Gefangene! Bei letzteren will Herr Gürtner nur dann Ausnahmen gestatten, wenn es sich nur um »Mittläufer« handelt, »von denen eine weitere staatsfeindliche Betätigung nicht zu erwarten« sei!

Das Ganze — gewiß nur eine Einzelheit in einem ganzen System — spricht Bände für den sadistisch-psychopathischen Grundzug dieser »nationalen Erhebung«, den das Hitlersystem deshalb nie verleugnen kann,

weil er von vorneherein ihren Urhebern mit an Reitpeitsche und SA-Revolver klebte. Der politische Gegner darf nicht mehr Chancen als der Kinder-schänder haben! Wie viele »Staatsfeinde« in deutschen Zuchthäusern, die nicht nur »Mittläufer« sind oder was die braune Justizdirne als solche ansprechen will, begraben sind, verrät keine Statistik. Es ist bekannt, daß der Chef-Büttel des Regimes, der SS- und Gestapo-Hauptling Himmler, sich öffentlich brüsst, in bezug auf die Praxis des Bekanntgebens von Polizei- und Justizaktionen gegen »Staatsfeinde« von der Übung seines Vorgängers Diehl abgekommen zu sein und daß keine Zeitung mehr ein auch nur annäherndes Bild über die Tätigkeit etwa des »Volkgerichtshofes« oder der »politischen« Strafkammern im Reich geben darf. Die Zahl derer, die jetzt als abgeurteilte Demokraten, Sozialisten, Pazifisten, Katholiken, Bekenntnistreue oder etwa auch Bibel-forscher hinter deutschen Kerkermauern in einer Reihe mit Notzuchtsverbrechern oder Päderasten rangieren, geht jedoch sicher in die Zehntausende. Dem Gürtner aber, der ja auch noch andere handfeste Verdienste ums Zustandekommen des Dritten Reiches hat, darf man dankbar sein dafür, wie unverblümt und wahrheitsgetreu er, wenn auch nur durch eine Kleinigkeit, den Geist dieses seines »Führerstaates« enthüllt hat.

Juda gegen Italien!

Eine neue Korruption der Mittelmeerprobleme

Die »Achse« hat, wie man weiß, in weltanschaulicher Hinsicht trotz aller Übung immer noch eine problematische Stelle; das ist die Rassenlehre. Zur Feier des Duce-Besuchs hat die nationalsozialistische Presse einen langen Artikel Mussolins über die Prinzipien des Faschismus veröffentlicht, in dem sich auch nicht ein Wort über die Notwendigkeit der Reinerhaltung der romanischen Rasse befindet. Der Führer Italiens will »seiner« 40.000 Juden keineswegs verjagen, nimmt Beteuerungen über die unbedingte Staatstreue seiner jüdischen Untertanen — Generale und hohe Verwaltungsbeamte befinden sich darunter — gern entgegen und tauscht mit dem Oberrabbiner Händedrucke. Rosenberg, der Gestrenge, müßte im Grunde seinen »Mythos« zitieren und Mussolini in die Linie jener weißen Juden einreihen, die wegen ihrer rassistischen Instinktilosigkeit Schädlinge an den Volkswurzeln sind.

Aber es gibt heute im faschistischen Italien gewisse judenfeindliche Strömungen, die dem Nationalsozialismus zu einigen Hoffnungen Anlaß geben. Vor kurzem erschien in Rom ein umfangreiches Werk: »Gli Ebrei in Italia«. Es zitiert die italienischen Juden vor dem Richterstuhl des Autors Paolo Orano. Der Jude, das sind die Leitideen des Buches, maße sich an, in religiöser und in rassistischer Hinsicht zu einem »ausgewählten Volke« zu gehören. Das sei für Italien

unannehmbar. Das jüdische Volk stehe damit in unlöslichem Widerspruch zum universalen Rom: denn Romanität habe von jeher bedeutet und werde immer bedeuten »Fusion aller Rassen und Religionen, weil es ein imperiales und über den allzu engen Bezirk einer Rasse weit hinausgehendes geistiges Ethos ist.«

Man sieht: auch für diesen italienischen Judengegner gibt es keine ethnologisch oder soziologisch bestimmte Rassenfrage. Er hat als Maßstab nichts anderes als das staatspolitische Interesse des Faschismus und läßt nach dem Vorbilde seines Herrn und Meisters jeden Juden gelten, der sich zu ihm bekennt — wobei man an der Frage, ob sich bei dem Kunterbunt des italienischen Völkergemischs und bei der totalen Dunkelhaarigkeit eine rassische Auslese überhaupt ermöglichen ließe, nicht ganz vorbeigehen kann.

Aber es finden sich anderswärts in dem Werke Oranos viele Stellen hochpolitischer Natur, über die sich die braune Publizistik herzlich freut. Er stellt fest, daß die italienischen Juden unter zionistischem Einfluß mit dem neuen Erbfeind Italiens, mit England, im engen Bündnis seien. Israel habe sich, so schreibt er wörtlich, mit Albion verbunden, um die koloniale Mittelmeerpolitik des imperialen Italien zu durchkreuzen. Deshalb solle jetzt in Palästina ein neuer jüdischer Staat konstruiert werden, bei gleichzeitiger Vertreibung der Araber, mit denen Italien in bester Freundschaft lebe. Die Harmonie zwischen dem judenfreundlichen England und dem englandfreundlichen Judentum sei zugleich mit einer »bewußt antideutschen Politik« verbunden. Aus diesen Gründen ergebe sich für Italien die Notwendigkeit, so führt Orano fort, gemeinsam mit dem nationalsozialistischen Deutschland Front zu machen gegen das »umstürzlerische, staats- und religionslose, internationale und bolschewistische Judentum«. Er fordert zugleich zur Vertreibung der deutschen Emigranten auf, die auf italienischem Boden Zuflucht gesucht hätten, weil das in Widerspruch zur deutsch-italienischen Freundschaft stehe.

Bei aller Vernachlässigung des »Rassenkriteriums«, die ihn zum Kummer der braunen Publizistik dazu verführt, die Juden immer wieder zu einer »Fusion« mit dem Faschismus zu ermahnen, ersetzt Orano diesen Mangel durch stramme politische Haltung. Seine Theorie des englisch-jüdischen Bündnisses zur Niederzwingung Italiens im Mittelmeer hat gute Aussichten, der Außenpolitik des Dritten Reichs neue Argumente zu liefern. Wie aber ist es mit den Juden, die sich ausdauernd dem jüdischen Staat widersetzen? Sind sie nicht geheime Verbündete Italiens, würdig, in die Faschio eingereiht zu werden? Trotz der Klärungsversuche Oranos sind die Probleme zwischen Romanität und Semitismus immer noch recht abenteuerlich. H.

Sozialisten und Krieg

Aus Karl Kautskys neuem Buch

Wie haben sich die sozialistischen Denker und Politiker von der Hussitenzeit bis zur Gegenwart gegenüber den Problemen des Krieges verhalten? Auf diese für uns alle und für die Zukunft der Welt wichtige Frage gibt Karl Kautsky, der unermüdete Lehrer des Sozialismus, in 702 Seiten seines neuen Buches Auskunft. Das Buch heißt »Sozialisten und Krieg« und ist im Verlag Orbis in Prag erschienen. Von dem Geist, der die historische Darstellung durchleuchtet, geben die folgenden Zitate eine kleine Stichprobe:

Jeder Sozialist ist Menschenfreund

Thomas Mores Utopier hassen den Krieg, wissen aber kein Mittel, ohne ihn auszukommen, da sie ja nicht allein auf der Welt sind, von nicht kommunistischen Staaten umringt werden. Sie üben sich sehr eifrig im Kriegswesen, und zwar nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen. Und sie führen Krieg nicht nur, um einen Angriff auf das eigene Gebiet oder das einer befreundeten Nation abzuwehren, sondern auch »um ein von Tyrannen bedrücktes Volk, dessen sie sich erbarmen, vom Joche des Tyrannen und von der Sklaverei zu befreien, was sie aus reiner Menschenliebe unternehmen«.

Also sie führen nicht bloß Verteidigungs-, sondern auch Propagandakriege.

Trotzdem widerstrebt More im Grunde seines Herzens dem Blutvergießen, als wahrhafter Sozialist, also Menschenfreund. Nicht jeder Menschenfreund ist Sozialist, aber jeder Sozialist ist Menschenfreund. Die Humanität ist der Ausgangspunkt jedes sozialistischen Denkens.

Pazifisten im Kriegsieber

Als Kinder der Aufklärung blieben die französischen Revolutionäre Gegner des Krieges, doch auch diesmal erlag die Theorie der Praxis, als es 1792 zum Kriege der Revolution gegen die verbündeten Monarchen Europas kam. Das Kriegsieber erfaßte von da an immer mehr die Verfechter der revolutionären Grundsätze.

Der Widerspruch zwischen pazifistischen Grundsätzen und kriegerischem Wesen unter den radikalen Republikanern Frankreichs überdauert die Revolution, sowie das Kaiserreich und die folgenden Regierungen.

Freie Männer im freien Staat

Staatwirtschaft gab es schon im grauen Altertum, aber sie war, wie jeder Großbetrieb damals, auf der Unfreiheit der Arbeiter begründet. Was der moderne Sozialismus anstrebt, ist die Wirtschaft freier Männer im freien Staat, ist, soweit sie Staatwirtschaft ist, Wirtschaft des Arbeiterstaates, in dem vollste Bewegungsfreiheit für alle Arbeitenden besteht — und wer gehört in einem solchen Staate nicht zu den Arbeitenden!

Schicksal der Revolutionen

Bisher ist noch jede Revolution anscheinend gescheitert, mit den Augen ihrer Zeitgenossen gesehen. In keiner haben sich die Revolutionäre als solche dauernd behauptet. Entweder wurden sie früher oder später niedergeschlagen, oder sie wandelten sich. Das hat verschiedene Ursachen. Keine der bisherigen Revolutionen war das Werk einer einzigen Klasse. Eine Revolution ist bisher stets nur unter Umständen möglich gewesen, unter denen sich die verschiedensten Klassen gegen eine Regierung zusammenfanden, so daß diese keinen Boden mehr im Volke hatte. Ist das alte Regime gestürzt, dann beginnen die Gegensätze der Klassen hervorzutreten, die an der Revolution teilgenommen haben. Außerdem war die Notlage, die durch das alte Regime geschaffen worden, viel zu tiefgehend, als daß sie mit einem Schlage hätte beseitigt werden können. So nützt sich jede revolutionäre Regierung mit der Zeit, oft sehr rasch ab, ein Teil der Revolutionäre sieht sich enttäuscht, entzieht ihr das Vertrauen, sucht ein Kompromiß mit den gegenrevolutionären Faktoren, oder wendet verbittert allen

Bestrebungen nach sozialer Verbesserung den Rücken.

Hoffnung auf Krieg!?

Bürgerkriege und Revolutionskriege sind oft unvermeidlich gewesen. Sie waren vielfach das einzige Mittel, an Stelle einer brutalen Gewaltherrschaft eine friedliche Demokratie zu setzen oder diese gegen eine Vergewaltigung zu verteidigen. Aber wir dürfen nie vergessen, daß jeder Krieg ein Uebel ist, auch der um die Freiheit. Wir mußten ihn bisher mitunter um der Freiheit willen in Kauf nehmen, wir haben aber gar keinen Grund, einen neuen Krieg zu ersehnen oder gar herbeizuführen, in der Erwartung, dadurch das Kommen der Freiheit zu beschleunigen.

Revolutionen — immer anders

Auch das gewaltigste Genie kann sich die Zukunft kaum in anderen Formen vorstellen, also solchen, die uns durch die Erfahrungen der Vergangenheit gezeigt werden. Was noch nicht da war, ist nicht gut vorstellbar. So erwarten auch die Revolutionäre regelmäßig die nächste Re-

Mißachtung der Demokratie

Es gibt selbst unter den Sozialdemokraten Leute, die die Demokratie gering-schätzen. Sie lehnen die Demokratie nicht ab, betrachten sie aber als bloße theoretische Liebhaberei einiger unpraktischer alter Stubengelehrten, als eine Liebhaberei, die der Prüfung an der Hand der tatsächlichen Erfahrungen einer reiferen Jugend nicht standhalte. Oder als das Produkt geistiger Unselbständigkeit und Schwächlichkeit, die sich ängstlich an die Legalität klammern und jede Illegalität verurteilen, auch dann, wo diese allein uns vorwärts bringe. Manche endlich sehen das Proletariat in der Rolle eines überlegenen Pädagogen, der die unsartigen Jungen der Bourgeoisie zu besseren Manieren zu erziehen hat. Aus Nachsicht begnügt er sich zunächst mit den milden demokratischen Zuchtmitteln. Aber wenn diese nicht ausreichen, dann droht der Schulmeister, zur scharfen Zuchtrute der Insurrektion oder des Generalstreiks zu greifen.

In der Zeit der zweiten Internationale gab es so kuriose Sozialdemokraten noch

schwieriger, ihr entgegenzutreten, nie weniger möglich, sie wirksam zu hemmen.

Proletarische Revolution?

In Wirklichkeit zerfällt der nichtproletarische Teil der Bevölkerung in sehr verschiedene Klassen und Schichten mit mannigfachen, oft sehr gegensätzlichen Interessen, von denen manche mit den proletarischen übereinstimmen.

Der proletarische Klassenkampf besteht nicht in einem allgemeinen und unterschiedslosen Kampf gegen alles, was nicht proletarisch ist. In seinen Anfängen und für lange Zeit gehört zu seinen wichtigsten Mitteln des Aufstiegs das Zusammenwirken mit manchen Klassen, Schichten und Parteien der nichtproletarischen Welt. Herauszufinden, mit welchen Schichten oder Parteien man zusammenzuwirken hat, wann und in welcher Weise, das wird eine der unerlässlichsten, aber freilich auch schwierigsten Aufgaben der Führer proletarischer Massen und Parteien.

Je größer die Aufgaben, die zu lösen waren, desto weniger konnten sie bei den bisherigen Machtverhältnissen der Klassen und Parteien gelöst werden durch die Taktik des Alles oder Nichts, des Ablehnens jedes Zusammenwirkens mit anderen Klassen oder Parteien. Durch reine Klassenaktionen des Proletariats konnten manche kleinere Teilreformen durchgesetzt werden, kein gewaltiger Umsturz des Staates. Gerade die reine Klassenpolitik konnte bisher praktisch bloß reformistisch sein. Jede wirkliche Revolution entsprang aus dem Zusammenwirken verschiedener Klassen gegen einen gemeinsamen Feind an der Spitze des Staates.

Es hat bisher noch keinen sieghaften Barrikadenkampf gegeben, bei dem Proletarier allein gefochten hätten. Stets kämpften auch Kleinbürger und Intellektuelle mit oder unterstützten die Kämpfenden durch lebhaftes Sympathie.

Das gleiche gilt auch vom Massenstreik.

Nicht Haß — Mitleid!

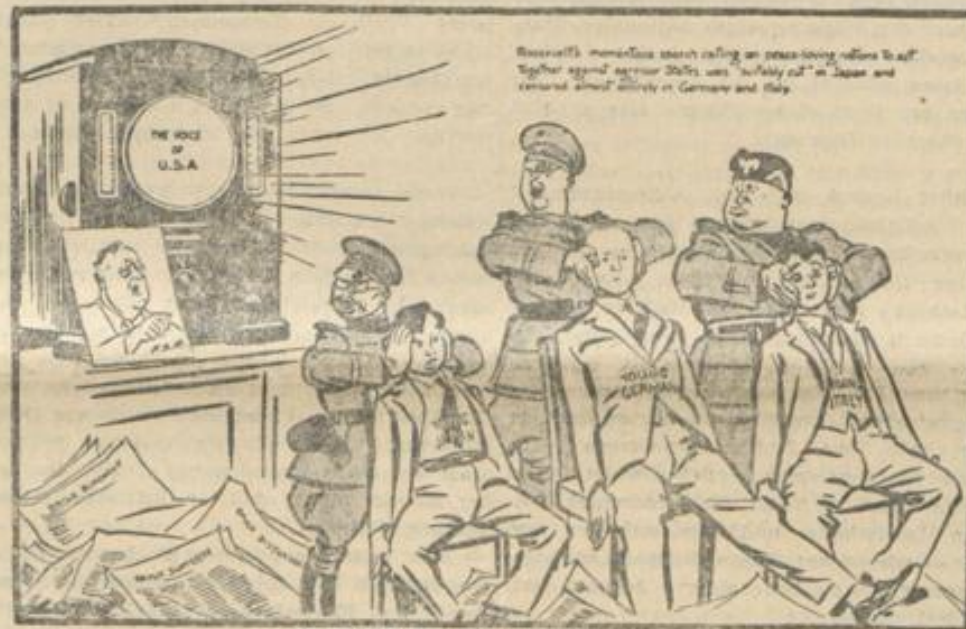
Das deutsche Volk ist nicht besser, aber auch nicht schlechter als die anderen modernen Völker. Es gilt, die Feindseligkeit der anderen Nationen gegen die deutsche zu überwinden. Das kann wirksam und dauernd und ohne Katastrophen nur geschehen durch das Absterben des preußischen Militärgestes im deutschen Volke. Das wurde durch die Weimarer Republik eingeleitet. Der Oberösterreich Hitler will den alten Militärgest der Preußenmonarchie in den deutschen Seelen wieder lebendig machen, aber der Nationalsozialismus läßt ihn erstehen in rohen und primitiven Formen, denen gegenüber das Regime Wilhelms und Bethmanns noch als ein hochkultiviertes erscheint.

Das ist nicht der Weg, die Freundschaft und das Vertrauen der andern Völker zu gewinnen. Doch verdient das deutsche Volk darob nicht Haß sondern Mitleid.

Nicht alles verstaatlichen!

Was die moderne sozialistische Bewegung anstrebt, ist nicht die Aufhebung jeglichen Privateigentums. Vor allem nicht die des Eigentums an den Mitteln persönlichen Konsums. Aber auch nicht jeglichen Privateigentums an Produktionsmitteln. Die sozialistische Bewegung geht hervor aus der für die Masse der Bevölkerung immer unerträglicher werdenden kapitalistischen Ausbeutung, Ausbeutung der Lohnarbeiter einerseits, der Masse der Konsumenten andererseits durch das Monopol an Produktionsmitteln, das die Kapitalisten, hier inbegriffen die Großgrundbesitzer, durch das Privateigentum an den großen Produktionsmitteln besitzen. Diese Monopolstellung dadurch aufzuheben, daß das Privateigentum an den Monopolen beseitigt wird durch deren Uebergang in gesellschaftliches Eigentum, das ist das wichtigste Ziel des Sozialismus. Vergesellschaftlichung der großen Monopole, das ist also eine der wichtigsten Aufgaben der ökonomischen Entwicklung unserer Zeit — aber auch ihrer politischen Entwick-

Die Stimme von USA



Der berühmte Zeichner Low veröffentlicht in der englischen Presse die obenstehende Karikatur. Sie bezieht sich auf die Tatsache, daß die Rede Roosevelts in den Diktatorländern nicht veröffentlicht werden darf. Der Text unter dem Bild lautet: »Lästerung! Nicht geeignet für junge Ohren!« Im Bild: »Roosevelts Rede, in der die friedliebenden Nationen aufgerufen werden, zusammen gegen die Angreifer-Staaten zu handeln, wurde in Japan »passend« zusammengeschnitten und in Deutschland und Italien fast gänzlich von der Zensur unterdrückt.«

revolution, auf die sie rechnen, werde ebenso aussehen wie die vorhergegangene. Nur die Revolutionäre würden diesmal klüger sein.

Doch jede kommende Revolution nimmt andere Formen an als ihre Vorgängerin.

»Klassenkämpfe nach Papageienart

Es war eine große wissenschaftliche Leistung von Marx und Engels, daß sie die Rolle der Klassenkämpfe in der Geschichte darlegten. Aber es ist durchaus nicht marxistisch gedacht, wenn man meint, es genüge, das Wort »Klassenkampf« auswendig zu lernen und es nach Papageienart immer wieder in die Welt zu schreien, um alle Probleme des Erkennens der Vergangenheit und der Gestaltung der Gegenwart zu lösen.

Es gibt zeitweise geistige Strömungen, die nicht auf einzelne Klassen beschränkt sind, sondern eine ganze Nation oder doch fast ihre Gesamtheit mit sich fortreißen, durch Verhältnisse bestimmt, die auf alle Klassen wirken, sie alle in bestimmtem Sinne anregend. Meist sind es Ausbrüche allgemeiner Verzweiflung, allgemeiner Furcht vor einer Gefahr oder allgemeiner Flucht zu einem Retter, bei dem allein man sein Heil sucht. Derartige geistige Ausbrüche erweisen sich als unwiderstehlich, lähmen jene, die sich ihnen zu widersetzen suchen.

nicht. Die Mißachtung der Demokratie fand man nur bei Anarchisten.

Furcht vor Invasion

Wohl fürchtet die Masse den Krieg, aber noch mehr die feindliche Invasion sowie die Niederlage. Ist der Krieg einmal ausgebrochen, dann ist die größte Sorge der Bevölkerung vor allem die, alle Kraft aufzubieten, den Feind am Eindringen in das eigene Land zu hindern und ihm die Möglichkeit zu nehmen, dem Volk unerträgliche Bedingungen aufzuerlegen, etwa einzelne seiner Teile einer Fremdherrschaft zu unterwerfen. Diese Befürchtungen sind oft phantastisch übertrieben. Die Panik bei Ausbruch eines Krieges fördert das Aufkommen der sinnlosesten Vorstellungen über die schwarzen Absichten des Landesfeindes. Je größer die Panik, je rasender der Sturm, der bei Kriegsbeginn die Massen aufwühlt, desto mehr geschieht das in einer Weise, die Haß und Wut gegen den Landesfeind aufpeitscht und die hingebendste Förderung, nicht Störung der Landesverteidigung als heiligste Pflicht jedes Nationsgenossen erscheinen läßt.

Bei Ausbruch eines Krieges wirkt nicht nur die Strenge des Kriegsrechts, sondern auch die Volksstimmung derart, daß eine kriegführende Regierung nie stärker ist als in einem solchen Moment. Nie ist es

Licht und Schatten

lung. Denn der Staatsgewalt fällt bei der Lösung dieser Aufgabe die entscheidende Rolle zu — das haben Marx und Engels schon früh erkannt. Diesen Satz hat leider eine simplistische Auffassung in der Weise gedeutet, als müßten alle Produktionsmittel und ebenso die Leitung der ganzen Produktion verstaatlicht werden. Nichts irriger als das. Engels selbst hat sich wiederholt gegen diese Auffassung gewendet. Er ebenso wie Marx haben nie die Verstaatlichung aller Produktionsmittel verlangt. Von vornherein nicht die der Kleinbetriebe, aber auch für die Großbetriebe sprachen sie stets nur von ihrer Vergesellschaftung, ihrem Gemeinbesitz, nicht ihrer Verstaatlichung.

Die Aufgabe der Internationale

Nicht das Mittel der Diktatur, das heißt, der gewaltsamen Unterdrückung einer wehrlosen Mehrheit durch eine bewaffnete Minderheit, auch nicht die Diktatur des Proletariats wird die Masse der Menschen zu höheren Lebensformen emporführen, sondern nur ihre freiwillig anerkannte Führung durch die proletarische Demokratie, das heißt, durch das zum Bewußtsein seiner gesellschaftlichen Aufgaben gelangte, geschulte und frei organisierte Proletariat.

Es zu dieser Führung fähig zu machen, ist die unerläßliche Forderung aller, die am Aufstieg der Menschheit mitarbeiten wollen. Unter den Aufgaben, die dabei die soziale Entwicklung unserer Tage aufwirft und die über das Reich des reinen Klassenkampfes weit hinausgehen, ja mehr als je fast alle Menschen aller Klassen auf tiefste interessieren, ist die Erhaltung des Weltfriedens die wichtigste geworden.

Fast alle Menschen dürsten heute nach dem Frieden, verabscheuen den Krieg. Nur noch wenige Gewalthaber bedrohen den Friedenszustand. Aber es sind dieselben Gewalthaber, die alle proletarische Freiheit, jeden proletarischen Aufstieg bedrohen und deren größter Feind das nach ungehemmter Entfaltung seiner Kräfte strebende Proletariat ist.

Und darum fällt dem internationalen Proletariat und seiner Organisationen, der sozialistischen Internationale, die Aufgabe zu, den Kampf um den Frieden so intensiv und mit solcher geistiger Ueberlegenheit zu führen, daß es dabei zum Führer der Menschheit wird. Dieser Kampf um den Frieden wird gleichzeitig ein Kampf um die Freiheit in allen Staaten sein müssen, ein Kampf um internationale Demokratie.

Leistungskampf

Die nationalsozialistische Bewegung als die das Volk führende Schicht wird den einzelnen Fortan nicht nur nach seiner beruflichen Fähigkeit bewerten, sondern sie wird ihn auch fragen: »Was hast du für die Vermehrung deines Volkes getan?«

(Nationalsozialistische Beamtenzeitung Oktober 1937.)

Louis Gillet, angesehener Publizist, Mitglied der Akademie Française, ging zur Zeit der Olympiade nach Deutschland, und zwar im Auftrage des »Gringoire«, eines Wochenblattes der Rechten. Er schrieb Reportagen, die erschienen gesammelt unter dem Titel »Licht und Schatten in Deutschland« (Rayons et ombres d'Allemagne, Edit. Flammarion.) Diese Veröffentlichung in Buchform hat eine Vorgeschichte. »Gringoire« nämlich, der ursprüngliche Auftraggeber, weigerte sich, die ihm eingesandten Reiseberichte abzu drucken. »Gringoire« hat gewisse Sympathien. Es scheint, daß Gillet in Deutschland abgeleitet haben, noch als das nicht obligatorisch war. Er bewahrt keine unangenehmen Erinnerungen an diese Zeit. Er leugnet nicht, daß das System vormaligen Charakters hat. Schließlich, eine Disziplin ist notwendig, und man hat noch keine anderen Organisationsformen gefunden als die des Klosters oder der Armee. Aber er betont besonders den sozialerzieherischen Nutzen.

Darüber möchte ich nun genaueres hören. Unter den Männern seines Zuges, waren da einige, die »zum Boden zurückgekehrt sind, die Bauerntöchter geheiratet haben? Er gibt zu: nein. Bäuerliche Berufungen haben sich nicht herausgestellt. Eine andere Frage. Unter seinen Kameraden aus dem »Volke«, sind da welche, die seine Freunde geworden sind, die er nicht aus den Augen verloren hat, die an ihn schreiben? Er zögert und antwortet: ja, zwei. Einer ist Setzer, der andere Pastor. Das war vor einem Jahr. Kürzlich traf ich anlässlich der Olympiade meinen jungen rheinischen Freund. »Ei, sieh da, Ulrich! Was gibt es Neues? Was ist aus dem Setzer geworden, Ihrem Kameraden? Schreibt er? Wann haben Sie die letzte Postkarte bekommen?« Der junge Mann lacht, errötet mit einem etwas genierten Gesicht. Sehen Sie, Ulrich, das hatte ich mir gedacht. Sie brauchen mir nicht zu antworten. Ich weiß, was ich wissen wollte.«

Wenn Gillet in dieser Weise zuschaut, welche Wirklichkeiten denn nun hinter den Schlagworten stehen, sagt er uns natürlich nichts Neues. Sein Urteil schwankt zu weilen, man hat kapitelweise den Eindruck, es kommt darauf an, mit wem er zuletzt gesprochen hat. Die Aktion »Schönheit der Arbeit« z. B., ein billiges Fassadenmanöver, verflingt bei ihm, und man kann an diesem Buch studieren, welche Propagandallügen wirken, auch auf einen Fremden wie diesen, der unter Beweis stellt, daß er kritischer Beobachtung fähig ist.

Aber kehren wir zu dem Beobachter Gillet zurück. Man hört bei ihm, wie sich die Söhne des Grafen Keyserling entwickelt haben oder wie sich Gerhard Hauptmann im Vestibül des Adlon macht, das sind Berichte, die sich böswilliger lesen lassen, als sie von Gillet selbst gemeint sind. Er schildert ein nächtliches Fest bei Göring, wir lassen es in der Uebersetzung folgen. Der Deutsche, der

ziehung besteht zwischen dieser Aufgabe, mit der Akkordarbeiter zu beschäftigen wären und der wirklichen Arbeit des Landwirts? Ich denke an die Rasenflächen von Eton und die jungen Leute bei Kipling. Welcher Engländer käme auf den Gedanken, Gentlemen zu formen, indem er sie im Schlamm einer trüben Wasserrinne herumwühlen ließe, welcher Engländer glaubte, man könne diese Bande von Sumpftenten in Herren verwandeln. Ich frage einen meiner jungen Freunde, er ist Westfale, intelligenter Nazi, gebildet und gemäßigt. Nennen wir ihn Ulrich. Er war unter den ersten, die ihren Arbeitsdienst abgeleistet haben, noch als das nicht obligatorisch war. Er bewahrt keine unangenehmen Erinnerungen an diese Zeit. Er leugnet nicht, daß das System vormaligen Charakters hat. Schließlich, eine Disziplin ist notwendig, und man hat noch keine anderen Organisationsformen gefunden als die des Klosters oder der Armee. Aber er betont besonders den sozialerzieherischen Nutzen.

Darüber möchte ich nun genaueres hören. Unter den Männern seines Zuges, waren da einige, die »zum Boden zurückgekehrt sind, die Bauerntöchter geheiratet haben? Er gibt zu: nein. Bäuerliche Berufungen haben sich nicht herausgestellt. Eine andere Frage. Unter seinen Kameraden aus dem »Volke«, sind da welche, die seine Freunde geworden sind, die er nicht aus den Augen verloren hat, die an ihn schreiben? Er zögert und antwortet: ja, zwei. Einer ist Setzer, der andere Pastor. Das war vor einem Jahr. Kürzlich traf ich anlässlich der Olympiade meinen jungen rheinischen Freund.

»Ei, sieh da, Ulrich! Was gibt es Neues? Was ist aus dem Setzer geworden, Ihrem Kameraden? Schreibt er? Wann haben Sie die letzte Postkarte bekommen?« Der junge Mann lacht, errötet mit einem etwas genierten Gesicht. Sehen Sie, Ulrich, das hatte ich mir gedacht. Sie brauchen mir nicht zu antworten. Ich weiß, was ich wissen wollte.«

Wenn Gillet in dieser Weise zuschaut, welche Wirklichkeiten denn nun hinter den Schlagworten stehen, sagt er uns natürlich nichts Neues. Sein Urteil schwankt zu weilen, man hat kapitelweise den Eindruck, es kommt darauf an, mit wem er zuletzt gesprochen hat. Die Aktion »Schönheit der Arbeit« z. B., ein billiges Fassadenmanöver, verflingt bei ihm, und man kann an diesem Buch studieren, welche Propagandallügen wirken, auch auf einen Fremden wie diesen, der unter Beweis stellt, daß er kritischer Beobachtung fähig ist.

Aber kehren wir zu dem Beobachter Gillet zurück. Man hört bei ihm, wie sich die Söhne des Grafen Keyserling entwickelt haben oder wie sich Gerhard Hauptmann im Vestibül des Adlon macht, das sind Berichte, die sich böswilliger lesen lassen, als sie von Gillet selbst gemeint sind. Er schildert ein nächtliches Fest bei Göring, wir lassen es in der Uebersetzung folgen. Der Deutsche, der

das Brot der Fremde ist, mag — mit Unwillen — in dieser Darstellung ein Zuviel an Poesie bemerken, wenn man aber davon absieht, ist das Zeugnis des Zeitgenossen, Gillets Zeugnis, vernichtend genug.

»Wir waren für sieben Uhr eingeladen, aber ich aß zu Abend auf dem Lande, so kam ich erst ungefähr gegen Mitternacht. Das Fest ging zu Ende, die Menge der Tischgäste hatte sich schon zurückgezogen. Da und dort aßen noch Gruppen, an Tischen, die zur Hälfte abserviert waren, Paare standen für Augenblicke auf, um auf einer Fläche inmitten des Rasens zu tanzen. Ein stilles Becken, geometrisch und steinern, gab der belebten Szene ein Element von Schatten und Schlaf, auf der Oberfläche des Wassers schwammen Blumenkränze. Arkaden mit Fackelleuchtern umrahmten den reizvollen und seltsamen Platz.

Die Nacht ist es, in der Deutschland sein eigentlichstes Wesen entfaltet, in der Nacht atmet dieses große Land, das vom Genie der Schatten überfallen ist, aus allen Poren seinen finsternen Zauber. Ohne Zweifel ist das nächtliche Berlin nicht mehr das, was es vor einigen Jahren war, selbst nicht mehr in den Tanzdielen und Bars des Kurfürstendamms, diesem berühmten Corso des Vergnügens. Aber die alte Verbindung bleibt, der Pakt mit der Nacht, der den Kerzen, den Liedern und dem Marschtritt der Fackelzüge eine so fremdartige Schönheit leiht, wenn lange infernalische Menschenzüge sich durch die nassen und spiegelnden Straßen bewegen, ein Drache mit einem Kamm aus Flammen.

Batterien von Scheinwerfern, auf den Dächern des Luftfahrtministeriums untergebracht, schütten einen Schneefall von Licht über einen zweiten Garten, der sich an den ersten anschließt, auch er eingeschlossen von Fackelleuchtern und klosterartigen Arkaden. Alte Grabfiguren von liegenden Schläfern, die aufrecht an die Wand gestellt worden sind, Blachböfe und mitrageschmückte Aebe, werfen ihre Mumienblicke auf das Hin und Her der Schatten, die Lebende zu sein vermeinen. Trauben von Lampions, wie sie der Luftballonverkäufer unserer Kindheit an einem Stocke trug, hängen an den Bäumen und verbreiten eine leichte Trunkenheit.

Den Hintergrund des Gartens nehmen die Zelte eines ländlichen Jahrmarktes ein: 1830 oder Deutschland vor hundert Jahren. Man findet da die Schwarzwaldbude, in der Pflaumenschnaps, Himbeergeist und Kirsch ausgeschenkt werden, ein Dampfschiff auf dem Rhein ist zu sehen, Holzperde eines Karusells und natürlich auch ein bayrisches Bräu. Reizende Postillone, wie kleine rote Teufel, mit Spitzenjackets und Manschetten, schlenkern Arm in Arm mit Dandys in Gehrocken und Pantalons, sie gehören zur Truppe der Oper, alles Tänzerinnen, alles Balletttratten, die soeben ein Schauspiel gegeben haben, das der Höhepunkt des Abends gewesen sein mag. Ich hatte Unrecht, so spät zu kommen. Jetzt zerstreut sich die Schar, und

Der Zauberlehrling

»Zur Schonung von Lebensmitteln hat die Fachschaft »Artistik« eine Anordnung erlassen, die auf das strengste die Verwendung von Lebensmitteln — als Beispiele werden Eier, Milch usw. genannt — bei der Vorführung von Kunststücken und Späßen von Clowns, Zauberkünstlern auf Varietébühnen verbietet.«

Meldung aus Berlin.

Milch und Hering,
seltener schon Butter,
Walfischtran und Seetang
dienen uns zum Futter.

Was aufark macht,
ehre man im Lande,
und damit zu zaubern,
gilt hinfort als Schande.

Mit den Eiern
wie ein Clown jonglieren,
bis sie sich als Pünktchen
in der Luft verlieren;

Butter kitzeln,
daß sie artentwurzelt
plötzlich als Kanone
aus der Tonne purzelt;

Speck und Schmerzfett,
alle leckren Sachen
zum Verschwinden bringen
und noch drüber lachen;

Vieh verhexen,
Ochsen, Kühe, Kälber,
alles das darf künftig
nur Herr Darré selber.

Lindhorst.

Führers Niederlage

Die Entarteten siegen.

In seiner Münchener Unkunst-Rede verhielt Hitler, er werde Ordnung in die deutsche Kunst bringen, wie er Ordnung in die Politik gebracht habe. Es war voraus zu sehen, daß der Kollaps mit einer Niederlage enden mußte. Schon in der nächsten Nummer des »Schwarzen Korps« begann die Revidierung der Rede. Natürlich dürften blaue Schatten über einer Wiese oder über einer Kuh liegen, so habe es der Führer nicht gemeint. Dafür leisteten sich braune Bonzen in der Provinz die tollsten Eskapaden a la Hitler.

»Dementsprechend hat der Nationalsozialismus rücksichtslos mit dem liberalistischen Kulturbegriff aufgeräumt... Die reine Form endete im formalen Experiment: Statt grüner Wiesen malte man rote Wiesen, statt brauner Kühe sah man blaue Kühe, und schuf solcherart »entartete Kunst«.

verkündete z. B. Reichskulturwalter Moraller vor preußischen Kreiskulturleitern. Doch das Debakel ließ sich nicht aufhalten. Barlach und Franz Marc wurden in aller Stille aus der Ausstellung der »Entarteten« entfernt. In der gleichgeschalteten Presse gab es ehrende Rezensionen einer Berliner Corinth-Ausstellung, als Corinth bereits an der Wand der Entarteten hing. Die DAZ vom 29. August brachte einen Aufsatz über zwei Bilder van Goghs, ein Kinnhaken für den Führer. Das Wesentlichste: Van Gogh habe nicht nur äußere »Wirklichkeit« gegeben und gerade darin bestehe »die Tiefe dieser Kunst... Kunst ist eben immer mehr als Kunst... Niemals kommt es

van Gogh auf die bloße Darstellung äußerlich sichtbarer Dinge an. In dem Mittel der Farben sucht er eine Innenwelt oder eine geistige Welt in die Anschaulichkeit zu bringen...«

Neunzig Prozent derer, die in der »Entarteten« hängen, werden damit gegen den Dilettantismus des Führers verteidigt. So steigerte sich die Meuterei bis zur offenen Revolte, die kürzlich auf dem »Tag der Reichskammer der bildenden Künste« in Düsseldorf ausbrach. Landeskulturrat Brouwers sagte dort unter dem Beifall der Versammelten nach dem Bericht der DAZ vom 8. Oktober:

»Es könne sein, daß mancher Künstler nach der Eröffnung des Hauses der Deutschen Kunst in München nicht mehr den Mut habe, Neues zu schaffen. Diejenigen aber, die in München ausgestellt seien, mögen nicht glauben, daß damit ihr gesamtes Schaffen sanktioniert worden sei. Aber auch jener Künstler brauche nicht zu verzweifeln, dessen Werke in der »Entarteten Kunst« ausgestellt seien. Es müsse innerhalb der deutschen Künstlerchaft auch eine größere Duldbarkeit an Stelle eines gewissen Künstlertums treten. Manchmal seien in den einzelnen Städten die Eingaben so primitiv gewesen, daß man von einer deutschen Kunst nicht mehr sprechen könne.«

Ob er nun mit dem Künstlertum den Führer oder seinen Ziegler oder beide gemeint hat — in jedem Falle hat Brouwers mit seiner Polemik die Meinung der wirklichen Künstlerchaft ausgedrückt. Und in jedem Falle bedeutet diese schon nicht mehr verschleierte Fronde eine hahnebüchene Niederlage des führerischen Primitivismus. Denn

diese Fronde ist nur denkbar, wenn ein beträchtlicher Teil der oberen Nazibonzerie dahinter steht. Die Mehrheit der Reichskulturkammer plus Göbbels weiß, daß die von Hitler in München abgesteckte Banausenlinie nicht zu halten ist und man fragt sich nur, wie der angerichtete Flurschaden unauffällig auszubessern wäre.

Deutsche Kunst

»Einer breiteren Öffentlichkeit sind die Aquarelle und Zeichnungen bekannt geworden, die der Führer vor dem Kriege und an der flandrischen Front gemalt und gezeichnet hat. Auch daß er persönlich die Grundrisse und Aufrisse zahlreicher Bauten entworfen hat, die das Bild unserer großen Städte verwandeln, wissen wir. In künstlerischen Fragen hat der Führer keine Begutachtung von dritter Seite nötig: er urteilt selbst... Viele derjenigen, die heute über einen jungen Künstler entscheiden sollen, haben doch selber noch die Jugendlinde des Jugendstils auf dem Gewissen und möchten sich jetzt wohl überschlagen vor lauter angelesenen und angelesenen völkischem Edelkult. Sie werden besonders gern Worte des Führers zitieren, aber es ist noch lange nicht gesagt, daß sie damit auch seinen Geschmack richtig treffen.«

(»Preußische Ztg.«, 5.9. 1937.)

Besuch

Ein Deutschlandfahrer erzählt.

In den scheinbar kleinen Dingen des Alltags steckt oft eine grimmigere Ironie als in großen Ereignissen, und an einem Stück

die Reste des Ballets zirkulieren zwischen den Eingeladenen, schwimmen zwischen den Gästen der Tafel und der Walzer wie die Reste eines Blumenstraußes auf einem nächtlichen See.

Erstaunlicher Karneval. An diesem Abend scheint es, als ob Deutschland träumt, als ob es sich gehen läßt. Elegante Flieger in weißen Leinwanduniformen, sportlich und schnell, als hätten sie Flügel an den Sohlen, führen die roten Teufelchen, zeigen sich um die Damen bemüht. An diesem Abend ist es Dienst zu gefallen und eine Atmosphäre von »galantem Deutschland« zu schaffen. Wir sind, vergessen wir es nicht, bei dem Herrn der Luft. Um uns daran zu erinnern, hat man eine Flugzeuggondel als Schaukel aufgehängt. Von einem surrenden Propeller getrieben stürzt sie, wendet sich, führt Looppings aus, arbeitet sich ab wie eine irrsinnige Hummel, die man mit einem Nagel an die Wand geheftet hat. Die neugierigen Schönen lassen sich von ihren Kavaliern hierher führen. Die Erschütterung des Fluges veranlaßt sie, gellende Schreie auszustößen.

Ich muß sagen, daß ich wenige Menschen in dieser Menge kenne, die Deutschen, die mir nahe stehen, halten sich von der Olympiade fern, sie meiden den Umgang mit den Machthabern. Es ist ein seltsamer Eindruck, durch dieses Fest wie ein beziehungsloses, ja fast wie ein unsichtbares Wesen zu irren. Ich betrete zuerst das Palais, in dem alle Kronleuchter brennen und das der Gesellschaft als Foyer gedient haben mag. Niemand begegnet mir, ich gehe durch eine Flucht von Sälen in Weiß und Gold, nüchtern und würdig, an der Wand prachtvolle gewirkte Tapeten aus Beauvais, strahlende Rubens, lyrisch und wollüstig. »Venus und Adonis«, seidene und perlmutterne Körper, süßes Duo der Liebe, bezaubernde Cranachs, Jungfrauen aus Holz, wurmtätig und vergoldet, königliche Kleinigkeiten, ohne einen Mißgriff gewählt. Weiterhin dann in dem Raum, in dem der Minister arbeitet, Hunderte von Fotografien, auf einem Tisch, an der Wand hinter dem monumentalen Armeeessel, Fotografien, die über seine Freundschaften, seine Reisen, seine Gesandtschaften aussagen, von seiner öffentlichen Existenz erzählen und die private erraten lassen, das Journal eines Lebens, das Kämpfe, Politik, Kabalen, Theater und Leidenschaften erfüllt haben.

Ich kehre in den Garten zurück und bewege in Gedanken diese Bilder, die würdig wären, von Walter Scott beschrieben zu werden oder die man in den Memoiren Marbots erwarten könnte. Plötzlich, ohne daß ich ihn gesucht habe, da ist er, sechs Schritte von mir entfernt. Ganz in Weiß steht er da, neben seiner zweiten Frau, der Schauspielerin Sonnemann, inmitten eines Cercles von Eingeladenen. Ich unterscheide undeutlich sein Gesicht, das im Halbdunkel bleibt, aber ich habe Zeit, den Umriß seiner Persönlichkeit zu studieren.

Er hält sich aufrecht, ist untersetzt, unbedeckten Hauptes, etwas kleiner als seine Frau, macht die Honneurs und spielt die Rolle des Hausherrn. In der Nähe eines Tisches,

der mit Gegenständen bedeckt ist, ruft er nach einer Nummerliste Namen auf. Er spricht mit viel Sanftmut, ohne Bewegungen, fast ohne die Stimme zu erheben, die von einer sonderbar samtigen, schmeichelnden Färbung ist. Der General ruft die jungen Mädchen, eine nach der anderen, wie man Tauben zählt, seine Frau verteilt lächelnd die Gewinne. Der fürchterliche General scheint Freude an dieser Szene zu finden.

Da ist er noch einmal, der Hausherr, in vollem Licht diesmal, in einem kleinen Saal, der ganz angefüllt ist mit Jagdtrophäen, und den ein schwungvoller Rubens schmückt (wo nimmt er sie nur alle her?). Er macht den Gastgeber gegenüber einem Herrn in Smoking, der niemand anders ist als der König Boris von Bulgarien. Da ist die Rede von

Einen dritten Mann braucht man beim Skat. In Hitlerdeutschland auch bei einer neuen Art des Doppelkopf- oder Janusspiels. Aber davon später. Zunächst braucht man ihn wie gesagt beim Skat, und darum würt ein SS-Mann des Sturmes 5/75 seine Erinnerungen an den Mussolini-Besuch in Berlin (»Völkischer Beobachter« Nr. 275) mit den Worten:

»Die Zeit vergeht beim Singen, Essen, Skatspielen und dann vor allem beim Putzen.«

Nämlich die Zeit vor dem Eintreffen des Duce und seines Ehrenkorporals. Beim Skat spielen fallen Ausdrücke wie: »Untern Tisch! Geschnitten! Auf ihn! Krepieren soll das Aas!« Bei dem Appell, der sich dem Skatspiel anschließt, scheint es nicht sanfter zugegangen zu sein:

»Der Sturmbannführer hält uns nochmals einen Vortrag über unsere Aufgaben, nicht ohne die »allerfinsternsten« Strafen für ein Versagen in Aussicht zu stellen.«

Untern Tisch! Dann lenkt der Sturmbannführer ein und gibt die genauen Spielregeln für das Doppelkopf- oder Janusspiel bekannt, von dem wir schon sprachen:

»Jeder dritte Mann, erklärt er, steht mit dem Gesicht zur Bevölkerung, um etwaige Durchbruchversuche blumenbewaffneter Kinder oder gar Blumenwürfe oder ähnliche »Attentate« begehrteter Volksgenossen zu verhindern. Und jeder weiß, daß gerade dieser »dritte Mann« ein besonderer Vertrauensposten ist.«

Ein besonderer Vertrauensposten mit den allerfinsternsten Strafen im Hintergrund, ein Spiel mit Kontra, Re und Bockrunde. In diesem Sinne auf zum Brandenburger Tor! Drei Tage lang umsäumte eine unendliche Mauer von SS-Männern die Straßen. Es wird abgezählt: »Eins, zwei, drei — kehrt. Eins, zwei, drei — kehrt.« Zahlenreihen. Unseren unglücklichen Skatspieler trifft natürlich das Los des dritten Mannes. Nase und Revolver ins Publikum, dem »wir

nergemetzelten Hirschen, von Rentieren, Elchen, Karibus, von Verwandten des Hirsches, die längst aus unseren Wäldern verschwunden sind. Noch ganz bei dem Gegenstand seines Gesprächs, tritt er lebenswürdig auf mich zu und fragt unvermittelt: »Sie sind Jäger?«

Glücklicherweise bin ich aus einem Land, in dem das Weidwerk viel gilt und wo die Hetzjagd auf den Hirsch ein Ritus und eine Religion ist. Aber wie hätte ich ihm erklären können, daß man es bei uns für einen Mord halten würde, auf das edle Tier zu schießen und daß die einzige ehrenhafte Art, den Hirsch zu jagen, die ist, bei der man ihn zum Lauf zwingt und ihm mit der blanken Waffe begegnet.

Draußen dauert das Fest an. Immer neue Paare bewegen sich auf der Tanzfläche. Bis zur Morgendämmerung werden die alten

nachdenklichen Bischöfe, die mitrengeschmückten Aebte mit ihren steinernen Augen zusehen, wie weißgekleidete Flieger flirten und wie zu zweien auf dem Rasen die Ballettratten schlendern, Fantasiepostillone, kleine, berauschte Mäuschen als »Fashionables 1830« verkleidet.

Deutschland hat an diesem Abend blenden wollen. Vielleicht hätte man in London oder in Windsor mehr Diamanten gesehen, mehr edle Steine, Reiher und Diademe, — mehr Etikette, mehr Zeremoniell, mehr Stil, aber ohne Zweifel auch weniger Luxus, weniger Ueberfluß, weniger Einfälle und Unvorhergesehenes. Wieviel Millionen kostet diese Nacht Neros?

»Nur die ruinierten Länder gestatten sich solche Launen«, spottet Doktor Schacht, dem es obliegen wird, die Rechnung zu begleichen.« M. F.

Der dritte Mann

immer die Sicht wegnemmen. Der Blumensträuße wegen, denn wer nichts werfen darf, braucht auch keine Aussicht. Der Dritte Mann klagt:

»Heute bekomme ich den Führer und den Duce nicht zu sehen.«

»Vor der Haustür verreckt«, nennt man das beim Skat. Oder »Ihre Sorgen, Herr...«

»Als das Brausen der Heilrufe endlich immer näher kommt, starre ich in die jubelnde Menge. Die Kameraden rechts und links greifen in mein Koppel, wie ich selbst nach beiden Seiten mich in den Koppeln meiner Nebenmänner verankere. So stehen wir, eine unzerreißbare schwarze Kette.«

Und verhindern die Durchbruchversuche blumenbewaffneter Kinder. Mehrere Reihen stark, ineinandergelagert, schwer bewaffnet. Denn wenn Kinder richtig losgelassen werden sie zu Hyänen. Selbst Sonderzüge muß man vor ihnen schützen — aller paar Schritte ein dritter Mann mit Kanone. Wer nicht trumpschlagend genug ist, muß vorsichtig spielen. Während hinter ihm die Hohe Führerschule geritten wird, glotzt und blüfft der dritte Mann ins Publikum.

»Jetzt ist der Jubel anscheinend auf dem Höhepunkt. Ich fühle es förmlich, wie die Heilrufe über mich hinwegbrausen. Und als die Begeisterungswelle weiterauschaut, und das Dröhnen in meinem Ohr abebbt, weiß ich, daß der Führer mit seinem hohen Gast oben an mir vorbeigefahren ist.«

»Hinter mir vorbeigefahren«, meint er. »Wir kriegen ja nicht zu sehen.«

Elektrokrieg. Von Kurt Doberer, dem durch das sensationelle Buch »Todesstrahlen« bekannt gewordenen Autor, ist im Saturn-Verlag, Wien, ein neues Buch »Elektrokrieg« erschienen. Diese Arbeit befaßt sich mit der Mobilisierung der Elektrizität als Kriegswaffe, einem Problem, das durch die in Sicht tretende Erschöpfung der Erdölfelder, mit der Wucht seiner ganzen Konsequenzen vor unsere Generation rücken wird.

Butter enthüllt sich mitunter der Jammer eines ganzen Volkes.

Ab und zu fahre ich über die böhmische Grenze nach Chemnitz zu meiner Verwandtschaft. Was nimmt man heute ins Dritte Reich mit? Natürlich Fressalien. Würste, Fettiges, seit einiger Zeit wird auch Brot begehrt. So fuhr ich vor einer Woche wieder einmal los, packte meinen Koffer aus, großes Freipaket mit einem böhmischen Brot. Es wurde gegessen und ich erzählte von meiner verflorenen Rückfahrt, vor einigen Monaten, als die Kirschen noch hingen. Wie da zwei Leute ruhig neben mir gesessen, man sprach über dies und das, harmlose Sachen. »So so, aus Leitmeritz sind Sie? Schöne Gegend, ja...« Bis wir über die Grenze waren. Da gings los. Da begann bei den Zweien ein Geschimpfe gegen das Dritte Reich, gegen die Bonzen, daß ich die beiden nicht wieder erkannte. Na ja, sagte ich mir, wenn jahrelang alle Ventile verrammelt sind, da droht natürlich der Kessel zu platzen.

So erzähle ich, greife nach der Wurst, schneide wieder vom Brote herunter und meine Verwandtschaft stiert über den Tisch, so, als ob sie auf Kohlen säße. Was denn, denke ich, glauben die mir nicht? Und kaus und erzähle weiter. Der eine meiner beiden Reisegefährten mochte früher Reichsbannermann gewesen sein. Er kannte die großen Aufmärsche der Republik, die Fahnen, die langen harten Kolonnen der Windjacken. Im vergangenen Sommer wandert er im Erzgebirge, von dort ins böhmische Mittelgebirge. In Aussicht sieht er Fahnen aus den Fenstern hängen, die rotblauweiße und rote Fahnen mit drei Pfeilen. Er schaut, schaut, kann sich

nicht satt sehen, und frühere Zeiten steigen in seiner Erinnerung herauf. Da rollen Trommeln, kommen näher, Musik tönt, Menschen voran, Menschenmassen säumen die Straßen, Fahnen tauchen auf, rote Fahnen mit den drei Pfeilen — und dann lange, unabsehbare Kolonnen hinter drein. Blaue Hemden, rote Schlippe, Windjacken, rote Wehrmänner, Arbeiterjugend, Turner, Sportler, Mädchen und Frauen, eine mächtige Kundgebung der sozialistischen Arbeiterschaft. Er steht und starrt, hört das Lied »Brüder, zur Sonne, zur Freiheit«, hat feuchte Augen, grüßt mit erhabener Faust: Freiheit! Und aus dem Zuge, von den Häusern dröhnt es ihm entgegen: Freiheit! Ihm ist, als begänne sein Leben von neuem, es gibt kein Ende für uns, denkt er, wir bleiben, wir kommen stärker wieder, uns gehört die Zukunft, wir marschieren noch immer, das Dritte Reich ist nicht Europa, uns gehört die Zukunft...

Meine Verwandtschaft schaut auf. Die Schilderung hat auch sie gepackt. Wir vergessen das Kauen. Eine Welle sagt niemand etwas. Unsere Augen glänzen. — Bis ich wieder zum Brote greife. Da rückt die Frau des Hauses wieder unruhig einher und die anderen stieren beschämt, verlegen auf den Tisch hinab. Ich schaue mich um. Merkwürdig sind die Leute im heutigen Deutschland. Alle Fenster zu, wer soll denn da mithören? Ich dämpfe die Stimme und erzähle weiter, erzähle von dem anderen Reisegefährten. Der hatte einen Buben in der Schule. Eines Tages kommt der Bub atemlos nach Hause. Vater, sagte er, wer ist größer, Jesus oder Hitler? Der Vater bremst seinen Zorn. Warum? fragt er. Der Führer von den Hitler-Pimpfen hat

sagt: Hitler ist größer als Jesus, denn Hitler ist auch von Gott gesandt, aber er ist kein Jude. Und der Lehrer? Der hat nicht gewußt, was er dazu sagen sollte. Er hat nur gemeint, das gehöre in die Religionsstunde, jetzt aber sei Geschichtsunterricht... Ein Lehrer kann nicht wagen, sich richtig zu seinem Gott zu bekennen, und der Vater hat auch ausweichend antworten müssen, weil er von der Schulbehörde schon einmal verwarnet worden ist.

Meine Verwandtschaft nickt und wie ich wieder zum Messer greife, stiert wieder alles über den Tisch. Jetzt versuche ich es mit den Flüsterwitzen, die ich von den beiden in der Eisenbahn hörte. Der Komiker Valentin hat in München gesagt: Früher gings uns gut, heute gehts uns besser, es wäre aber besser, wenns uns wieder gut ginge... Aber niemand von meiner Verwandtschaft lacht, alle starren zum Brot, nach dem ich gerade wieder langen will, und in die Frau kommt endlich Bewegung. »Josef«, sagte sie bittend, schiebt das Brot weg und legt die Hand bittend auf meinen Arm. »du kannst von eurem guten Brote bei euch daheim so viel essen wie du willst. Sei so gut und laß uns das. Koste mal unseres...« Nimmt das angeschnittene Brot, streichelt es: »Schönes Brot, schönes Brot...« Und verschwindet damit in der Richtung Küche; vor mir lag das andere, grau, klumpig und mit Wasserwellen.

Sagt ich nicht, in den scheinbar kleinen Dingen des Alltags steckt mitunter grimmigere Ironie als in den großen Ereignissen.

B. L.

aber ihr SS-Männer, ihr habt ja immer die besten Plätze«, murrte auf dem Heimweg ein Begeisterter. »An den dritten Mann denkt er nicht!« beklagt sich der Doppelkopfspieler. Im Gegenteil! Das Volk denkt Tag und Nacht an den dritten Mann. Wenn es nicht an ihn dachte, würden viel mehr Blumen geworfen werden. H—n.

Die braune Ausrichtung

Kulturgut

Die »Neuausrichtung« des deutschen Kulturgutes wächst jetzt auch der Reichsschrifttumskammer über den Kopf; ihr Präsident weist in einem Rundschreiben darauf hin,

»daß manche Herausgeber von Schulbüchern, Sammelwerken, Anthologien, Liederheften und ähnlichen Werken mit den großen Kunstwerken unseres Volkes ohne die nötige Ehrfurcht umgehen. Die Namen der Dichter werden falsch oder verstümmelt wiedergegeben. Strophen werden ausgelassen, ohne daß dies durch eine ausdrückliche Bemerkung angegeben wird, ja sogar Veränderungen des Wortlautes vorgenommen und damit deutsches Kulturgut verfälscht oder verstümmelt. Der Präsident der Reichsschrifttumskammer macht darauf aufmerksam, daß dies ein rechtlich verbotener Eingriff in das Wesentliche eines Kulturgutes darstellt, und sieht sich genötigt, zukünftig in diesen und in ähnlichen Fällen vor unannäherlichem Zugreifen nicht zurückzuschrecken.«

Welcher Herausgeber von Anthologien soll im Dritten Reich heute wissen, was noch erlaubt ist?! Fällt er in Ungnade, wenn er die Freiheitlieder der Vormärzler in einer Reihe mit den braunen Gesängen bringt? Darf er den ganzen Glasbrenner servieren und in welcher Form, mit welcher Vorrede? Darf er noch zugeben, daß die Loreley von Heinrich Heine stammt? Gehört die Loreley überhaupt noch zum deutschen Kulturgut? Und wie steht es, wenn der Rundfunk ab und zu die Namen jüdischer Künstler verschweigt? Wer soll sich zurecht finden unter einem System, in dem es von Fallen und Selbstschüssen nur so wimmelt!

Ein Labetrunk

Richard Ewinger, prominent unter den neudeutschen Poeten, übergibt mit seiner jüngsten Publikation »Das Gedicht« folgende Verse der Öffentlichkeit:

O, daß wir erst erstanden wären aus Phrasen, Fratzen, Lug und Schein, aus Tümpel, Tünche, Schmach und Schminke, — hell wie der Quell, daraus ich trinke!

iß, trink, dich labend, werde stark, (?) Jungvolk, es ist nicht aller Tage Abend, und wir brauchen Mark!

Wenn die Jugend, sich labend, nicht nur »Mark«, sondern auch Devisen produzieren könnte, dann wäre das ein weiteres starkes Plus für den Vierjahresplan. Aber etwas fällt auf. Warum sollen »wir« noch heute aus Tümpel, Fratze, Lug und Schein »ersthens«, wovon wir doch bekanntlich seit 1933 erlöset sind? Ewinger scheint persönlich noch nicht an aller Tage Abend angelangt zu sein.

Wosie wieder angelangt sind

Am 4. Oktober sprach Baldur von Schirach in der Reichsskademie für Leibesübungen vor den deutschen Untergaulehrerinnen des BdM. Wie die deutschen Zeitungen berichten, sagte er:

»Es sei falsch, zu fordern, Mädchen sollten sich nicht mit geistigen Dingen beschäftigen. Es sei nun einmal nicht wahr, daß Männer nur mit ausgesprochen dummen Frauen glücklich werden.«

Was für neuartige, geniale Einfälle so ein »Jugendführer« doch hat. Sein eigener Urgroßvater könnte ihn darum beneiden.

Entziehung der Sozialrenten nach Gesinnung

Der braune Terror in der Sozialversicherung

Nach der Weimarer Verfassung (Art. 161) diente die Sozialversicherung zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Arbeitslebens. Es waren Leistungen einer echten Volksgemeinschaft an den einzelnen Volksgenossen. Es ist mit einer der schlimmsten faschistischen Entartungen, daß die Nazis auch die geringste soziale Fürsorge unter den brutalsten Gewissenszwang gestellt haben. Der Parteistaat des Dritten Reiches hat mit dem »Gesetz über die Änderungen einiger Vorschriften der Reichsversicherungsordnung vom 23. Dezember 1936 (RGBl. I 1128) den Gipfel der Gemeinheit erklommen. Dort wird bestimmt:

§ 615a, Abs. 1 RVO: Die Rente ruht, wenn der Berechtigte sich nach dem 30. Januar 1933 im staatsfeindlichen Sinn betätigt hat.

In einem soeben veröffentlichten Kommentar wird der witzige Versuch unternommen, die »Rechtsnatur« dieses schamlosen Rechtsbruches zu erläutern. Zunächst wird mitgeteilt, daß die Versicherungsträger schon bisher »auch ohne ausdrückliche gesetzliche Grundlage die Rentenzahlungen an Versicherte eingestellt haben, die sich gegen den Geist der Gemeinschaft vergangen haben.« Das »Ruhe« der Versicherungsleistung« erstreckt sich auf die Invaliden-Angestellten-Knappschafts- und Unfallversicherung.

Nach dem Kommentar ist der Tatbestand nach dem Gesetz nicht die staatsfeindliche Betätigung als solche, »sondern die staatsfeindliche Gesinnung, die zum Ausdruck kommt.« Schon auf Grund eines Verdachts wird vom Versicherungsträger (§ 615a, Abs. 2/3) das Verfahren auf Ruhe der Rente eingeleitet.

»Was als staatsfeindliche Betätigung im Sinne des § 615a, Abs. 1, anzusehen ist, bestimmt das Gesetz nicht.«

Die Feststellung des Tatbestandes erfolgt auch nicht durch den Versicherungsträger, sondern der Reichsminister des Innern hat willkürlich im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister endgültig zu entscheiden, »ob staatsfeindliche Betätigung vorliegt.« Das Verfahren zur Ermittlung der staatsfeindlichen Betätigung und die Entscheidung liegt, wie ausdrücklich betont wird, allein in der Hand des Innenministers. Lediglich die Anordnung für das Ruhe der Rente liegt dann formal beim Reichsarbeitsminister. Die amtliche Begründung des Gesetzes erwähnt, daß der Begriff »staatsfeindliche Betätigung« dem Beamtengesetz entnommen ist. Der Kommentator schließt daraus, daß ähnlich dem Beamten auch der Versicherte seiner Rente verlustig geht, wenn eine »marxistische Betätigung« vorliegt. Staatsfeindliche Betätigung ist danach

»ein Tun, das für Bestand und Sicherheit des Staates oder der Partei gefährlich ist.«

»Im Sinne des § 615a ist also eine parteifeindliche Betätigung der eigentlichen staatsfeindlichen Betätigung gleichzustellen.«

Obwohl der Versicherte durch besondere Beitragsleistung die Gemeinschaftsleistung der Sozialversicherung erst ermöglicht hat, wird ihm die wohlverworbene Gegenleistung der Versicherung einfach geraubt, wenn er nicht bereit ist, durch Anerkennung der faschistischen Partei zum Gesinnungslumpen zu werden. Das nennt sich »Rechtsnatur« im Nazi-staat.

Die ganze Verlogenheit dieser Gesetzgeber äußert sich in dem weiteren Kommentar. Es wird nach den sonstigen Bestimmungen der RVO unterschieden zwischen einem Ruhe oder einer Entziehung von Renten. Eine Rente »ruht« ohne besonderen Rechtsakt automatisch, wenn ein bestimmter Tatbestand eingetreten ist, z. B. Verbüßung einer Freiheitsstrafe, Zusammentreffen mit anderen Renten usw. Ruhe einer Rente heißt, daß der Anspruch grundsätzlich weiter besteht und lediglich die Erfüllung vorübergehend ausgeschlossen ist. Sobald der für das Ruhe maßgebliche Tatbestand aufhört, wird die Rente ohne besonderen Rechtsbescheid wieder gewährt.

Die Entziehung einer Rente dagegen erfolgt jeweils durch rechtskräftigen Entziehungsentscheid. In dem Kommentar wird nun die Frage aufgeworfen, ob das »Ruhe« der Rente wegen staatsfeindlicher Betätigung ein »rechtes« Ruhe ist?

Man gibt im Kommentar zu, daß es sich viel mehr um eine Entziehung der Rente handelt, als um ein bloßes Ruhe. Sowohl der Beginn, wie das Ende dieser Sperre einer Rente ist nämlich von der rechtsgestalt-

tenden Anordnung des Innenministers abhängig. Hätte man aber in dem Gesetz vom Dezember 1936 statt vom Ruhe von der Entziehung der Rente gesprochen, dann stände dem »Staatsfeind«, wie jedem Versicherten der Rechtsweg offen, den die Versicherungsordnung in diesem Falle vorsieht. So aber verfügt der Innenminister willkürlich und endgültig, es gibt keinen noch so geringen Rechtsschutz.

Diese Rente »ruht«, denn der Staatsfeind hat kein Rechtsmittel zur Anfechtung, die Rente wird gleichzeitig »entzogen« hinsichtlich der Art wie das »Ruhe« zustande kommt. Der Kommentar sagt, daß dieser § 615a eine Einschränkung des Rentenanspruchs »ganz eigener Art« darstelle.

»Völlig neu ist die Regelung, daß das Ruhe durch eine rechtsgestaltende Anordnung einer Obersten Reichsbehörde herbeigeführt wird und daß seine Dauer nicht von einem bestimmten Tatbestand abhängig ist, sondern in das Ermessen der anordnenden Behörde gestellt ist.«

Also nackte Willkür und brutale Entrechtung des Versicherten.

Das Theater spielt sich — immer nach dem Kommentar — so ab, daß der Versicherungsträger zunächst die Rente nach dem Gesetz gemäß bewilligt, denn erst nach Bewilligung kann sie »ruhen«. Erhält die Versicherung Kenntnis von einer staatsfeindlichen Betätigung, so veranlaßt sie das Verfahren beim Reichsarbeitsminister. Der Kommentar spricht von der Gefahr, daß infolge der Dauer des Verfahrens die Rente unter Umständen trotz der staatsfeindlichen Betätigung noch eine gewisse Zeit ausgezahlt werden könnte. Aber das Dritte Reich ist korrekt und, sagt:

»Dieser Nachteil(?) kann dadurch ausgeglichen werden, daß vom Reichsarbeitsminister das Ruhe der Rente auch für eine zurückliegende Zeit angeordnet wird. Der Rentenberechtigte hat dann während der zurückliegenden Zeit die Rente zu Unrecht bezogen und ist zur Erstattung verpflichtet.«

Diese ganze recht- und gesetzwidrige Rentensperre für Versicherte die eine den Nazis unerwünschte Gesinnung haben, verstößt auch gegen alle internationalen Verträge, die eine Reihe von Staaten mit Deutschland abgeschlossen haben und die auf Gegenseitigkeit beruhen. Aber frech erklären die Nazis:

»Würden internationale Vereinbarungen, die in Deutschland Gesetzeskraft erlangt haben, Bestimmungen über eine Nichtanwendung der erörterten Ruhebestimmungen (wegen staatsfeindlicher Betätigung) Die Redaktion des N. V.) enthalten, so würden diese Vertragsbestimmungen als Sonderregelung dem Gesetz v. 23. Dez. 1936 vorgehen.«

Es gibt natürlich kein internationales Abkommen, in dem eine solch unmenschliche Aushungerung unliebsamer Rentenempfänger auch nur erwähnt würde. Es klingt wie eine Verhöhnung der internationalen Vertragskontrahenten, wenn weiter erklärt wird, daß diese Abkommen lediglich eine Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern vorsehen.

»Da nun staatsfeindliche Betätigung auch und gerade bei Inländern das Ruhe der Rente zur Folge hat, ist es keine unzulässige Benachteiligung der ausländischen Staatsangehörigen, wenn auch ihnen gegenüber diese Vorschriften angewandt werden; die Ausländer werden damit nur, wie es in den Verträgen bestimmt ist, den deutschen Reichsangehörigen gleichgestellt.«

Verträge sind für Hitler-Deutschland Fetzen Papier. Dennoch wird man die europäischen Regierungen und auch das Internationale Arbeitsamt fragen müssen; soll dieser neue Akt der Herrschaft des Terrors und der Gesetzlosigkeit wiederum widerspruchlos hingenommen werden. Hier liegt ein Fall eklatanten Vertragsbruches und ein Akt der Barbarei vor, der so ungeheuerlich ist, daß es diesmal nicht bei der moralischen Verurteilung bleiben sollte.

Der Arbeiter bezahlt!

Die Unfallziffer in der deutschen Giftgasproduktion.

Nach der Zeitschrift »Die Chemische Industrie« in Deutschland, die in ihrer letzten Nummer Rechenschaft über den Stand der einschlägigen Produktion — durch die Hitlersche Aufrüstung gerade mit »kriegswichtigen« Erzeugung in früheren Jahren bereits sprunghaft gesteigert — im verfloßenen Jahr 1936 gibt, ist in bezug auf die Zahl der

beschäftigten Firmen innerhalb dieses Zeitraumes kaum noch ein weiteres Wachstum zu verzeichnen gewesen. Die Zahl der Firmen (einschließlich der ungefähren Gesamtzahl der in ihnen beschäftigten Arbeiter) beträgt für 1936 nämlich 16.449 (im vorangegangenen Jahr 16.099); wenn also schon eine Zunahme, so nicht mehr als eine solche von drei Prozent. Dagegen war eine weitere deutliche Zunahme der Betriebsunfälle (in der chemischen Industrie von besonders tragischer Bedeutung für die Betroffenen) zu verzeichnen, nämlich von 80.1 auf das Tausend der versicherten Arbeiter auf 82.01. Das ist ein volles Dreißigstel mehr und auf die Zahl der Betriebe angewendet, müßte es beagen, daß fast genau doppelt so viele Firmen, als wirklich hinzugekommen sind, anmeldspflichtig bei der Versicherung geworden wären.

Der wahre Sinn der Ziffer enthüllt sich aber erst, wenn man bedenkt, daß schon im Jahre 1935 tatsächlich die Unfallziffer auf mehr als das Doppelte der vorhitlerschen Jahre gestiegen war, also ein Wachstum, das tatsächlich ein Unikum der gegenwärtigen deutschen Sozialverhältnisse darstellt. Als derart fatal sieht denn auch die Erscheinung sogar die »Chemische Zeitung« als Interessenorgan des Unternehmertums, das sich am Hitler-Rüstungsboom wenigstens mit Reichsbankwecheln bereichert. Sie meint, daß sie daher rühre, daß heute, im Vierjahresplan, »nicht mehr dieselben Anforderungen an die Qualität des einzustellenden Personals gestellt würden«. Das ist sicher richtig und würde die Verantwortung der Rüstungstreiber für das Sozialverbrechen genügend festhalten. Den vollen Tatbestand erschöpft diese Feststellung freilich keineswegs. Denn auch ein völlig »qualifiziertes« Personal würde den Anforderungen dieser Ausbeutung unter Militäraufsicht in keiner Weise mehr gewachsen sein und durch eine entsprechende Anzahl von Explosionen, Säuretole, Giftungen auf die nunmehrige, die gewerkschaftslose, die glückliche Zeit reagieren müssen.

Alarich — ein marxistischer Jude!

Wieso das Römerreich zusammenbrach

Ein Mann mit dem höchst verdächtigen Namen Fried hat in Hitlerdeutschland ein Buch geschrieben, das sich betitelt »Der Aufstieg der Juden« (Goslar 1937). Von der üblichen antisemitischen Schundliteratur der Hitlerei hebt es sich durch eine gewisse Originalität der Auffassung ab. Herr Fried duldet nicht, daß die Juden nur heutzutage »Weltherrschaftspläne« haben, sondern beweist es klipp und klar, daß das schon vor Jahrtausenden so war. Woran ist zum Beispiel das römische Weltreich zusammengebrochen? Nur, selbstverständlich, an den Juden! Folgendermaßen lichtvoll und eines Mommsens würdig, gibt sich da römische Geschichtsbetrachtung (wir folgen der begeisterten Kritik des Buches im letzten Heft von »Geist der Zeit«, »Organ des Deutsch-Akademischen Austauschdienstes«):

»Jetzt können wir auch verstehen, daß Cicero wegen der Verteidigung eines gewissen Flaccus, der sich vor Gericht wegen angeblicher Judenverfolgung zu verantworten hatte, ein Jahr später in die Verbannung geschickt und seine Villa bis auf den Grund niedergebrannt wurde.«

Nein, nicht allein das können wir verstehen, sondern noch weit mehr. Zum Beispiel:

Endlich erfahren wir (bei Fried nämlich!), daß der römische Adel allmählich völlig verjudete und nach einer kurzen semitischen Schreckensherrschaft das römische Imperium zusammenbrach.«

Da möchte selbst dem alten Felix Dahn der Rauschbart im Grabe noch elektrisch knistern! Als wir ihn als Jungen lasen, war es noch der Alarich, sozusagen Standartenführer bei den Goten, der das römische Weltreich nur so umlegte. Und wir dachten immer, daß dieser Alarich in der Nähe des heutigen Kötzschbroda geboren sein müßte. Nichts von alledem! Alarich und Seinesgleichen waren gallische Juden! Derart enden also unsere liberalen Jugendträume und -Vorstellungen...

Weniger Zeugnisse?

»Die Bewegung«, das Zentralorgan des NS-Studentenbundes, klagt:

»Es ist eine Sintflut über uns gekommen in Scheinen, Ausweisen, Zeugnissen, Berechtigungs-nachweisen und dergleichen Dingen

mehr. Wer den bestimmten Wisch nicht hat, wer keine bestimmte Berechtigung bekommt, der kann zusehen wie er zurechtkommt. Wer sich mit dem Amtsschimmel nicht verträgt und die einschlägigen Bestimmungen nicht erfüllt, ist von vornweg ausgeschaltet. Das wissen wir am besten, die wir — vielleicht durch Zufall — durch das Gestrüpp hindurchgekommen sind und irgendeinen wohlklingenden akademischen Titel zu führen die Ehre haben.«

Was für »Scheine, Ausweise, Zeugnisse« sind hier gemeint? Um Parteiausweise, »Dienst«-Nachweise, Arierzeugnisse bis zu Abraham, Zuverlässigkeitsbescheinigungen sämtlicher brauner Formationen nebst ihren Untergliederungen, Erbgesundheitsbelege und Ehetauglichkeitsscheine kann es sich nicht handeln. Denn all diese Dokumente wurden gerade vom NS-Studentenbund seit jeher gefordert, gelobt und gebüßelt. Wenn diese Organisation also klagt: »Es ist tatsächlich irgendetwas im Gange, was uns nicht behagt, wogegen wir mit gutem Recht etwas einzuwenden haben«, dann kann man nur annehmen, daß einige völlig verkalkte Professoren, Prüfungsausschläßer oder Stipendienwächter noch immer Semester-nachweise, wissenschaftliche Befähigungszeugnisse und ähnliche liberalistische Mätzchen verlangen. Das ist natürlich verdammenswert, es paßt, wie das zitierte Blatt richtig bemerkt, »nicht in den Garten, den der Führer angelegt hat«.

Lohnkürzung bei Benutzung einer Fremdsprache!

Die Baufirma Peters, die zur Zeit in den Borsig-Kokswerken in Hindenburg überwiegend Polen und Tschechen, sogenannte Minderheitsangehörige beschäftigt, hat Anfang September an ihre Belegschaft einen Erlaß herausgegeben. In dem sie ihren Arbeitern verbietet, sich während der Arbeit in polnischer oder tschechischer Sprache zu unterhalten. Es handelt sich um sogenannte Volksdeutsche jenseits der Grenze, die nun mit der zugeteilten Arbeit unzufrieden sind und in der Sprache ihrer Heimatländer an den deutschen Arbeitsverhältnissen Kritik üben. Diese Kritik wird jetzt bei Anwendung einer »Fremdsprache« mit dem Abzug von zwei Stundenlöhnen bestraft, gewissermaßen eine Lohnkürzung auf Umwegen. Dieser Erlaß wird strikt gehandhabt und wer sich gegen diese Abzüge wehrt, der kommt ohne weiteres zur Entlassung.

Neuer Vorwärts Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guild. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (54.—), Holland Gld. 0.15 (1.50), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakel: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Rumänien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Bukarest, Konto »Neuer Vorwärts«, Bukarest Nr. 2083. Ungarn: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.003. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.